

GRAND THEFT EUROPE

★ A CROSS-BORDER INVESTIGATION ★



Es ist der größte laufende Steuerbetrug Europas: Organisierte Banden berauben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Schätzungen der EU-Kommission jedes Jahr um sagenhafte 50 Milliarden Euro. Umsatzsteuerkarusselle verursachen in Deutschland einen jährlichen Schaden von geschätzt 5 Milliarden bis 14 Milliarden Euro.

Mangelnde Kooperation und die Unfähigkeit der Staaten, sich bei Steuerfragen zu einigen, kosten die Öffentlichkeit Milliarden. Deutschland bremst beim Kampf gegen den Steuerbetrug besonders.

Aktuell sehen europäische Behörden eine große Gefahr von Karussellbetrug über Ökostromzertifikate.

Anhand des Karrierepfades eines Drahtziehers von Steuerkarussellen in Deutschland beschreibt CORRECTIV die Strukturen dieser Form von organisierter Kriminalität und die Schwierigkeiten, sie zu bekämpfen.

Wie ein Teenager es vom Handyhändler zum Multimillionär schaffte. Die Geschichte von Amir B. zeigt, wie das Organisierte Verbrechen rund um Karussellbetrug funktioniert und warum die deutsche Politik bei seiner Bekämpfung versagt.

Die wenigsten Schnäppchenjäger wissen, warum neue Handys auf Ebay oft so viel weniger kosten als beim Hersteller. Amir Bahar dämert es schon mit 16. Er hat da gerade angefangen, auf seinem Schulhof in der Nähe von Köln Handys zu verticken. „Auf der ganzen Welt weiß man: Wenn man in Deutschland Handys verkaufen will, müssen die aus einem Betrug kommen. Sonst kann man keine Gewinne machen.“ So wird er es über zehn Jahre später gegenüber der Staatsanwaltschaft Köln sagen.

Amir Bahar war ein cleverer Teenager, der in wenigen Jahren zum Multimillionär aufstieg. Dem Diskos in Dubai so vertraut wurden wie die First-Class-Betten von Emirates Airlines. Bis zu seiner Festnahme 2014 führte Amir Bahar, der in Wirklichkeit anders heißt, elf Firmen. Er handelte mit Mobiltelefonen, Spielekonsolen, Kupferkathoden und mit Zertifikaten auf CO₂-Ausstoß.

Das Geld verdiente er aber kaum mit den Produkten selbst, sondern mit geraubten Steuergeldern. Indem er die Waren über Landesgrenzen hinweg im Kreis handelte, ohne Umsatzsteuern abzuführen, stahl er dem Fiskus viele Millionen Euro. Der Steuerschaden wird zunächst auf 110 Millionen Euro geschätzt, im Haftbefehl spricht die Staatsanwaltschaft von 60 Millionen Euro, verurteilt wird er letztlich für 40 Millionen Euro.

Auf jeden Fall verdammt viel Geld für einen Handyhändler.

Ein überdurchschnittlich gut verdienender Arbeitnehmer mit einem Monatsgehalt von 5000 Euro müsste 1600 Jahre lang arbeiten, um 100 Millionen Euro zu verdienen. Unter seinesgleichen war Amir Bahar nur ein mittelgroßer Spieler.

Mit sogenannten Umsatzsteuerkarussellen und Kettengeschäften entsteht allein in Deutschland ein jährlicher Schaden von schätzungsweise fünf bis 14 Milliarden Euro. Und die Betrugsmasche sieht bei Bahar aus wie ein Kinderspiel. Bei dem milliardenschweren Steuerraub durch



Steuerfahnder Rod Stone ©Ivo Mayr

Cum-Ex-Deals, über die CORRECTIV vor acht Monaten berichtete, benötigten kriminelle Aktienhändler noch die Hilfe einer Heerschar an top ausgebildeten Anwälten und Bankern. Umsatzsteuerkarusselle sind sozusagen Cum-Ex für jedermann. Ein Teenager kann so binnen weniger Jahre vom Handyhändler zum Multimillionär werden. Für die Allgemeinheit ist das Ergebnis das gleiche: Milliarden an Steuergeld, auf die Krankenhäuser, Schulen und Polizei angewiesen sind, landen bei Kriminellen.

Europa wird mit dieser Betrugsmasche um sagenhafte 50 Milliarden Euro beraubt, schätzt die EU-Kommission. Und, nein, das ist kein Schreibfehler: Fünfzig. Milliarden. Euro. Jahr für Jahr. Seit 25 Jahren. „Bislang haben wir versagt. Die Verluste sind relativ stabil. Es ist unglaublich und tragisch, dass wir nicht in der Lage sind, dem Einhalt zu gebieten“, sagt Maria Lamensch, Expertin für europäische und internationale Steuersysteme von der Freien Universität Brüssel.

„Ich verstehe nicht, warum Leute irgendeine andere Form von Kriminalität wählen. Warum Drogengeschäfte machen, wenn man mit diesen Karussellen so viel Geld verdienen kann?“, fragt sich der ehemalige britische Steuerfahnder Rod Stone, einer der Top-Experten Europas zum Thema. Und Stone wundert sich, dass trotz der gigantischen Schadensumme kaum ein Land in Europa massiv dagegen vorgeht.

Umsatzsteuerkarusselle schaffen es selten in die Schlagzeilen, sie stehen nicht auf der politischen Agenda. Um Licht in diesen viel zu wenig beachteten kriminellen Markt zu bringen, hat CORRECTIV eine Allianz mit Medienpartnern aus der gesamten Europäischen Union sowie Norwegen und der Schweiz gebildet. 63 Journalisten aus 30 Ländern haben Akten und Rechercheergebnisse ausgetauscht. Die Recherchen haben neue Betrugsformen aufgedeckt, etwa mit Ökostromzertifikaten. Und Netzwerke enttarnt, die offenbar dafür sorgten, dass Steuergeld auch bei islamistischen Terrorgruppen landete. Diese Ergebnisse sind nur der Auftakt. Unter dem Projektnamen Grand Theft Europe wird dieses Netzwerk weiter gemeinsam den Umsatzsteuerbetrug recherchieren.

Aber zurück zu Amir Bahar. Folgt man seinen Spuren, werden die von wenigen Hintermännern dominierten Strukturen des Systems erkennbar. Es zeigt sich, auf welcher ineffektiven Weise diese Form von organisiertem Verbrechen in Deutschland bekämpft wird.

HILFREICHE SCHWESTERN

Das Leben von Amir Bahar beginnt unter schwierigen Bedingungen. Er ist das zweitjüngste von sechs Kindern und noch kein Jahr alt, als die Mutter 1990 aus Afghanistan flieht. Erst fliehen sie vor den Folgen des Krieges, dann vor ihrem trinkenden Mann, zu einem Onkel in Bad Berleburg. Der Ehemann findet sie. Einmal entführt er Amir, um die Mutter unter Druck zu setzen. Ein andermal wird der Junge von kochendem Wasser aus einer Kanne verbrannt, die der Vater auf die Mutter wirft. Sie will vor den Nachbarn kein Aufsehen erregen. Statt zur Polizei zu gehen, zieht sie mehrfach um. Amir besucht mehrere Grundschulen in der Nähe von Köln und Frankfurt am Main.

Der Einstieg von Amir Bahar ins organisierte Verbrechen beginnt auf dem Schulhof. Er verkauft Handys an Schulkameraden. Aber auch an Familienmitglieder. Und an Schnäppchenjäger auf Ebay. Personen, die mit ihm zu tun hatten, beschreiben ihn als charmant und verbindlich, IT-affin, er spricht fünf Sprachen. Anfangs

erstellt er eine Webseite, über die geringfügige Werbebeträge reinkommen. Weil er erst 16 ist, bittet er seine große Schwester Naima, unter ihrem Namen ein Gewerbe für ihn anzumelden.

Kaum 18, gründet Bahar schon die zweite Firma. Er spannt dafür seine älteste Schwester Nesrin ein, die Betriebswirtschaftslehre studiert. Auch ihr erzählt er, es handle sich um eine Formsache. „Ich habe ihr versprochen, dass alles in Ordnung sein würde. Mit dieser Firma wollte ich ja sauber bleiben“, sagt Bahar. Er habe Sorge, aufgrund seines Alters als Geschäftsführer nicht ernstgenommen zu werden (Die Namen der Schwestern sind ebenfalls geändert).

Mit dieser Firma importiert er Handys im größeren Stil aus Luxemburg und Holland und verdient schon zwischen 50.000 bis 100.000 Euro. „Ich Blödmann nutzte das Geld aber nicht für die Rückzahlung von Schulden, sondern für die Neugründung und teure Autos für die neue Firma“, sagt Bahar dem Haftbefehl zufolge.

Und der legale Handel mit Prepaid-Telefonen auf Ebay läuft schlecht. „Also musste ich wieder den normalen Weg gehen“, so Bahar. Mit dem normalen Weg meint er: Umsatzsteuerbetrug.

Geschäftspartner findet Bahar über Online-Plattformen. Jeden Morgen chattet er mit ihnen und scrollt durch Warengbote und -gesuche. Die Preise scheinen ihm sehr günstig, sein Onlinestatus ist stets „W2B“ – „waiting to buy“.

Der Instagram-Account von Bahar steht unter folgendem Motto: „Nothing Last Forever – Except Family“: Nichts ist für immer, außer die Familie. Fotos aus der ersten Klasse von Emirates-Flügen, Bilder von Wolkenkratzen in Dubai oder opulenten Dinnern in Steakhäusern kommentiert Amir Bahar häufig mit #LaFamilia oder #BrothersReunion.

Amir Bahar hat die Familie für seine kriminellen Machenschaften ausgenutzt und sie zugleich versorgt. Schlussendlich wird sie ihm zur Achillesferse: Vielleicht wäre Amir Bahar der deutschen Justiz für immer entwischt, wäre seine Schwester nicht festgenommen worden. Aber dazu später mehr.

ERSTER VERDACHT

Ende 2007 gerät Amir Bahars Firma ins Visier der Ermittler. Die Kreissparkasse Köln erstattet eine Geldwäscheverdachtsanzeige gegen seine Firma, die offiziell auf seine Schwester angemeldet ist. Ihr scheint es verdächtig, dass dieses Unternehmen nach Kontoeröffnung im Mai 2007 Umsätze in Höhe von 1,7 Mio. Euro abwickelt, teilweise im Ausland, zum Großteil in bar.

Die Kundengelder auf dem Firmenkonto werden gepfändet, Bahar bekommt Ärger von seinen Lieferanten. „Ich wusste, dass ich legal das Ganze nicht mehr zurückzahlen kann. Jetzt hatte ich ja schon meine Schwestern reingezogen, und unter keinen Umständen sollte das alles meine Mutter erfahren“, sagt er.

Ein Kunde legt Amir Bahar nahe, seine Schulden über das Ausstellen von Scheinrechnungen zu begleichen und gewährt ihm Vorkasse. Diktiert ihm die Preise und die genauen Käufer und Verkäufer. Und die Schwester bekommt Besuch von gleich drei Geschäftsführern, die Geld von ihr wollen und sie bedrohen. „Nesrin hat nur noch geweint. Sie wusste doch von gar nichts“, sagt Bahar später.

Schulden, Wohnungsdurchsuchung, bedrohte Schwester – für den Teenager sind das Gründe, um die Flucht nach vorne anzutreten. Danach sei er erst so „richtig illegal“ geworden. „Ich musste mir Geld von Vater Staat leihen“, sagt Bahar später in den Vernehmungen – und meint damit den Einstieg ins größere Karussellgeschäft.

In Umsatzsteuerkarussellen handeln Betrüger wie Amir Bahar ein und dieselbe Ware mehrfach zwischen EU-Mitgliedsstaaten im Kreis. Den Betrug stellen die Behörden erst fest, wenn es zu spät und die betrügerischen Firmen längst von der Bildfläche verschwunden sind. Um zu verstehen, wie das möglich ist, muss man einen Schritt zurückgehen.

DIE VERRECHNUNGS- MASCHINERIE

Die Basis für den Betrug ist eine riesige Verrechnungsmaschinerie zwischen Finanzämtern und Händlern. Der Staat erhebt Umsatz- oder Mehrwertsteuern – die Begriffe werden oft synonym

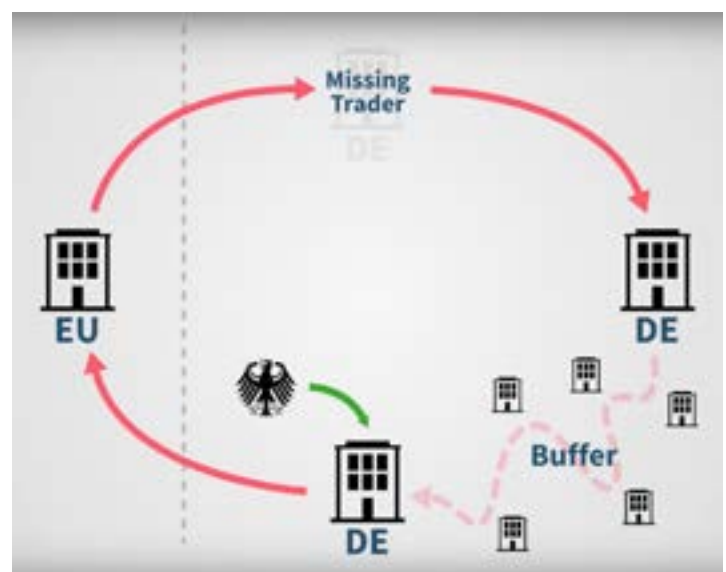
verwendet – auf Waren und Dienstleistungen. Sie sollen aber nur für das Endprodukt gelten. Deshalb stellen Händler ihren Käufern die Umsatzsteuer in Rechnung und führen sie ans Finanzamt ab. In Deutschland sind das für die meisten Produkte 19 Prozent. Was sie selbst ihren Lieferanten gezahlt haben, erstattet ihnen das Finanzamt zurück.

Der grundlegende Konstruktionsfehler: Angesichts von Millionen an Transaktionen zahlen die Finanzämter die geforderten Erstattungen prompt und ungeprüft aus. Jeder, der die Steuer nicht bezahlt, begeht Umsatzsteuerbetrug. Der kann auch innerhalb eines Staates stattfinden.

Die besonders lukrativen Karusselle ermöglicht jedoch erst das europäische Mehrwertsteuersystem, das 1993 mit dem Binnenmarkt eingeführt wird – eigentlich als Übergangslösung. Denn die Mitgliedstaaten einigen sich zwar auf freien Warenverkehr, nicht aber auf einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz. Deshalb bleiben die unterschiedlichen Systeme bestehen. Der Handel über Landesgrenzen hinweg hingegen verläuft umsatzsteuerfrei.

Das bedeutet: Beim Verkauf eines Autos von Frankreich nach Deutschland zahlt der deutsche Händler null Prozent Umsatzsteuer. Verkauft er es an einen weiteren Händler in Deutschland weiter, schlägt er die Mehrwertsteuer auf den Preis drauf. Alle weiteren Händler tun das gleiche. Soweit, so legal.

In den Karussellen führt der erste Einkäufer in Deutschland die Mehrwertsteuer aber nicht ans Finanzamt ab. Kommt das Amt ihm auf die Schliche, löst er sich auf, er heißt deshalb „Mis-



Screenshot aus Erklärvideo

<https://www.youtube.com/watch?v=IP9EiNxLrI>

sing Trader“. Oft existiert er nur auf dem Papier, mit einem Briefkasten als Büro und zum Beispiel einem Junkie oder Obdachlosen als Strohmännchen – oder, wie im Fall von Amir Bahar, einem gutgläubigen Familienangehörigen. Der letzte deutsche Verkäufer in der Kette liefert das Auto wieder zurück an den französischen Händler und lässt sich die Mehrwertsteuer vom deutschen Finanzamt erstatten. Er heißt „Distributor“.

Man muss sich den Vorgang vorstellen, wie wenn man bei Monopoly über „Los“ geht: Jedes Mal, wenn die Ware steuerfrei ins Land kommt, mit Steuer weiterverkauft und die dann erstattet wird, fließt Geld. Also sorgen die Karussellbetreiber dafür, dass sie so oft und so schnell wie möglich über „Los“ gehen.

„Am Ende des Monats wurde der Gewinnanteil ermittelt und irgendwie ausgezahlt“, so Amir Bahar. Seine Firmen werden von gleich mehreren Finanziers genutzt, manchmal gleichzeitig, manchmal hintereinander. „Nebenbei werden natürlich auch neutrale Firmen gesucht, damit es nicht so auffällt.“ Bahars Firmen sind Missing Trader und sogenannte „Buffer“, also Puffer: Zwischenhändler, die Umsatzsteuern zahlen und abführen und das Konstrukt größer und komplexer machen. Sie verzögern den Zeitpunkt, bis der Schwindel auffliegt.

KARUSSELL 2.0

„Zuerst begann es mit simplen Lebensmitteln wie Zwiebeln und Kartoffeln. Dann bewegte es sich zu Waren, die hochwertig sind und wenig Volumen haben, Metalle wie Aluminium. Dann kamen Elektronikgeräte wie Computerchips und Mobiltelefone, dann Autos, und dann wanderte es in den Energiesektor, Gas, Elektrizität. Und schließlich natürlich die CO₂-Emissionszertifikate“, sagt Pedro Seixas Felicio. Der junge Portugiese koordiniert bei der EU-Polizeibehörde Europol Operationen gegen Karussellbetrug.

CO₂-Zertifikate, eigentlich für einen effizienten Klimaschutz gedacht, stellen sich als perfektes Vehikel für die Betrüger heraus. Sie sind virtuell und rasant schnell handelbar, so wie auch derzeit Ökostromzertifikate. „90 Prozent der CO₂-Zertifikate waren betrugsbehaftet“, sagt Rod Stone.

Als Fahnder verfolgte Stone Typen wie Amir

Bahar quer durch Europa. „Diese Betrugsformen sind wie das Meer. Sie bewegen sich in Wellen“, sagt Stone. Sie schwappen hin und her zwischen Produktkategorien und Staaten.

Als Amir Bahar diese Welle reitet, da wird sein Geschäft richtig groß. Ebenso wie der Schaden für Europa: Allein Deutschland verliert von 2009 bis 2010 über die Zertifikate 800 Millionen Euro. Den EU-Staaten entgehen zusammen schätzungsweise sieben Milliarden Euro, es ist bis dato der größte Betrugsfall.

Amir Bahar ist 19, als er im März 2009, um die Zeit der Computermesse Cebit herum, erstmals von den Zertifikaten hört. Er hat einen eigenen Stand mit seinem neuen Unternehmen – diesmal läuft es auf den Namen seiner Cousine und Verlobten, die sich „durch den Vertrauensbeweis geehrt“ fühlt, wie er sagt.

Während die Zeitungen voll sind von Berichten über leere Hallen, über den Bedeutungsverlust der Hannoveraner Messe und die Wirtschaftskrise, da schwärmt Bahar: „An unserem Stand gab es einen Riesenansturm. Auf der Messe selber ist schon super viel Umsatz gelaufen.“

Vor allem lernt er einen Inder kennen, der sich Adam Hicks nennt. Wenige Monate später macht Hicks ihm in einer Hotel-Lobby in Dubai, wo Bahar schon eine Wohnung auf der künstlichen Palmeninsel Djumera hat, den Emissionsbetrug schmackhaft.

„Sie erzählten von sehr, sehr viel Geld“, erinnert Amir Bahar sich. „Das hat mich sehr gereizt.“ Er solle das Karussell nur abpuffern und Kunden wie etwa die Deutsche Bank ansprechen. „Je weniger ich wüsste, umso besser.“ Er beantragt ein Registerkonto für Emissionshandel.

Als Amir Bahar seinen Einstieg in den Emissionsbetrug vorbereitet, weiß jedes EU-Land bereits von dem Problem, das in Frankreich startete, sagt Rod Stone, der ehemalige Steuerfahnder aus London. Sowohl bei Europol als auch beim Expertennetzwerk Eurofisc sei es Thema gewesen, und spätestens im Juli 2009 seien alle Staaten über den neuen Karussellbetrug informiert gewesen. „Danach lag es in der Verantwortung der individuellen Staaten, ihn zu stoppen.“

DIE NOTBREMSE

Die britischen Behörden sehen die Betrugswelle heranrollen, weil die Registrierungen für den Zertifikatehandel explosionsartig steigen – zu meist von Firmen, die zuvor mit Betrug rund um Mobiltelefone aufgefallen waren. Als britische Firmen massenweise Zertifikate an einen in Frankreich registrierten Händler verkaufen, warnen sie ihre französischen Kollegen.

Die können allerdings erst reagieren, als die Täter schon zuschlagen. Es gibt ein recht simples Mittel gegen die Karusselle. Es nennt sich „Reverse Charge“, also die Umkehr der Steuerpflicht. Bei Reverse Charge entfällt die Mehrwertsteuer beim Handel zwischen Unternehmen, nur noch der Verbraucher zahlt sie. Das Finanzamt erstattet niemandem mehr etwas, das Karussell kommt jäh zum Halt.

Nur: Um Reverse Charge einzuführen, bedarf es einer Genehmigung aus Brüssel. Als Frankreich das Verfahren umsetzt, weichen die Betrüger nach Großbritannien aus. Trotz ihrer Vorbereitung verlieren die Briten noch 250 Millionen Pfund.

Dass die Welle von England aus weiter schwappen wird, ist klar. Die Frage ist zunächst nur, wohin. Die deutsche Regierung interessiert sich allerdings wenig für sie. Als die ersten Berichte über die Zertifikate aus den Bundesländern Berlin erreichen, heißt es: Kommen Sie wieder, wenn der Schaden über 100 Millionen Euro liegt.

Der Tsunami kündigt sich an, aber noch ist das Meer ja ruhig. Also beobachtet man in Berlin lieber. Deutschland, stellt sich heraus, ist das nächste Zielland.

HOHE EINSÄTZE

Ende Dezember 2009 sitzt Amir Bahar mit einem der wichtigsten Strippenzieher im CO₂-Betrug im Flugzeug von Dubai nach Las Vegas. Dessen Szenename: „Big Bro“. Amir Bahar hat den „Großen Bruder“ über seinen Cebit-Kontakt Adam Hicks kennengelernt. „Big Bro“ ist Marathonläufer, kommt aus Lancashire, einer Region, aus der besonders viele Karussellbetrüger stammen.

Er ist angeblich einer der Größten im Karussellgeschäft mit den Verschmutzungszerti-

fikaten. Während ihr Flieger Treibhausgas in die Wolken pustet, hängt „Big Bro“ permanent am Satellitentelefon. „Er war gut gelaunt und sagte, er habe jetzt während des Fluges so viele Emissionszertifikate verkauft wie nie. Mehrere Millionen“, berichtet Amir Bahar.

Da kann man sich in Las Vegas schon mal vier, fünf Tage in einer 300-Quadratmeter-Suite im Wynn-Hotel „mit zwei Frauen, Butler und 24-Stunden-Limousine“. Zwischen 100.000 und 200.000 Euro pro Tag seien üblich. Amir Bahar regelt alles, „Big Bro“ überweist direkt ans Kasino. „Wir hatten eine schöne Zeit“, sagt Amir Bahar.

Übers Geschäft reden sie nicht so viel. Nur dass Amir Bahar seine neue Firma als Buffer einsetzen und sich keine Sorgen machen solle. Er werde schon genug verdienen. Erst später habe er festgestellt, dass er nur 0,1 Prozent der Beute abbekommt, behauptet Bahar. Für Missing Trader und Buffer seien selten mehr als 0,3 Prozent drin. Insider bezeichnen gegenüber CORRECTIV ein Prozent als realistischer in Bahars Fall.

Amir Bahar hat auch noch andere Pläne. „Ich wollte wieder was Neues machen. Aber diesmal was Sauberes. Mit meiner Familie. Der Familie kann man mehr vertrauen“, sagt er. Das Saubere ist hier das klassische, physische Handygeschäft auf Ebay. Als Strohmännchen dient diesmal ein arbeitsloser Cousin.

Bahar selbst tritt nur unter Decknamen in Erscheinung, von Kevin Ahmadi bis zu George Soros und Warren Buffet. So albern die Namen klingen mögen: Dass die Täter in ihren E-Mails oder Chats solche Codes statt Klarnamen verwenden, erschwert den Ermittlern die Arbeit.

Amir Bahar selbst hat sich im Mai 2009 in die USA und nach Dubai abgesetzt. Kurz vor seinem 20. Geburtstag bekommt er Angst, verhaftet zu werden.

Auch Mitarbeiter der Deutschen Bank sind in den Betrug mit CO₂-Karussellen verwickelt, als Distributoren. Die Banker bekommen die Verschmutzungsrechte unter Börsenpreis von dubiosen deutschen Firmen und verkaufen sie ihrerseits wieder ins EU-Ausland – etwa an die eigene Londoner Niederlassung. Die Mehrwertsteuer lassen sie sich vom Staat zurückerstatten. Für die Geschäfte kassieren die Mitarbeiter hohe Boni.

„Die Deutsche Bank saugte wie ein Staubsauger alle CO2-Zertifikate in Frankfurt auf und lieferte sie nach London“, sagt Richard Ainsworth von der Boston University, der sich intensiv mit dem Fall Bahar beschäftigt hat.

Rod Stone, der britische Fahnder, hat keinen Zweifel, dass die Bank ihre Sorgfaltspflichten grob verletzt hat: „Ich habe alle betroffenen Banken besucht und ihnen eine volle Zusammenfassung darüber gegeben, was passiert war“, sagt Stone, der britische Ex-Steuerfahnder. „Sie hätten sofort aufhören müssen zu handeln oder nie damit anfangen.“

Doch die Deutsche Bank interessiert sich so wenig für das Betrugsrisiko wie die Bundesregierung. Nach Stones Besuch stoppt die Bank den Zertifikatehandel bei ihrem Londoner Arm – und verlegt ihn nach Frankfurt am Main.

In Frankfurt kommen sieben Manager der Deutschen Bank vor Gericht. Nur einer wird zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt, drei kommen mit Bewährung davon. Gegen den fünften wird derzeit eine neue Anklage vorbereitet. 220 Millionen Euro hat die Deutsche Bank an den Staat zurückgezahlt.

Als die Welle schon längst über Deutschland gebrochen ist, beantragt die Bundesregierung bei der EU-Kommission Reverse Charge. Frankreich, die Niederlande und England befreien den Handel mit den CO2-Zertifikate von Umsatzsteuer deutlich schneller und lassen sich den Schritt im Nachhinein von Brüssel absegnen, immerhin Italien braucht ganze drei Jahre für die Umsetzung. In Deutschland ist es im Juli 2010 soweit.

Fast ein Dreivierteljahr lang können Bahar und andere Betrüger also im deutschen Fiskus wüten. Weitere neun Monate später fegt Odin über sie hinweg.

ODINS ZORN

Die spektakuläre Operation der Staatsanwaltschaft Frankfurt hat sich nach einem germanischen Gott benannt. Bevor am 28. April 2010 an die 1500 Beamte etwa 500 Firmen durchsuchen, auch solche in Dänemark, Großbritannien, Dubai, Hongkong und Zypern, haben sie 4355 Aktenordner an Material angesammelt und 12.000 Telefonate abgehört. Sie haben auch die Stimme von Amir Bahar gehört.

Zu fassen bekommen die Fahnder Bahar zu diesem Zeitpunkt trotzdem nicht. Er sitzt ja in Dubai und den USA. Dafür landet im Mai seine große Schwester Nesrin in Untersuchungshaft, die Bahar als Strohfrau bei einer seiner Firmen einsetzte.

Die Folge: Über seinen Anwalt nimmt Amir Bahar Kontakt zur Staatsanwältin Köln auf. Per Skype entlastet er seine Schwester, indem er zugeht, faktischer Geschäftsführer hinter ihren Firmen zu sein und kauft sie gegen 450.000 Euro Kautionsfrei. Mehr als für die Strohfrau, mehr auch noch als für Amir Bahar, interessieren die Beamten sich für dessen Hintermänner. Doch über die zu sprechen, ist gefährlich.

Ein Zeugenschutzprogramm lehnt Amir Bahar zunächst ab, weil nur zwei Angehörige mit hinein könnten – seine Familie sei zu groß. Schließlich lässt er sich auf anonyme Aussagen ein, doch die Gespräche gestalten sich als schwierig: Die Hintermänner haben ihm in den USA einen Aufpasser zur Seite gestellt. Nur wenn der schläft, kann Amir Bahar skypen.

Die Staatsanwaltschaft erfährt von Bahar, dass die Betrüger nun, da die CO2-Karusselle in Deutschland gestoppt sind, auf Gas, Strom und Kupfer setzen. Im Gas- und Strommarkt würden täglich 20 Millionen Euro Umsatz gemacht – und 3,2 Millionen Euro an Steuern hinterzogen, jeden Tag. Und er gibt Einblicke in die Führungsriege der Umsatzsteuerkarusselle.

BATMAN IM VISIER

Ein Brite mit dem Decknamen „Batman“ soll der zentrale Drahtzieher des Karussells gewesen sein, das in Deutschland einen Steuerschaden von 125 Millionen Euro verursacht hat. „Batman“ bezieht sich wohl weniger auf den Comic-Superhelden als auf den Schlagmann im Cricket. Der Schlagmann ist der wichtigste Spieler in diesem Sport. Ebenso wie im Spiel mit CO2-Zertifikaten.

In der Jetsetter-Szene Londons kennt man „Batman“ als Peter Virdee Singh. Er trägt stets maßgeschneiderte Anzüge und dazu einen Turban, der ihn als Mitglied der Religionsgruppe der Sikh ausweist. Er zierte schon mehrere Cover von Business-Lifestyle-Magazinen. Wenn „Batman“

auf Instagram mit seinen Bugattis, Ferraris und Rolls-Royce posiert, erhält er tausende von Likes.

Niemand bohrt nach, wenn Virdee Singh sich in Interviews mit weicher Stimme als spiritueller Philanthrop und als self-made Immobilienmogul inszeniert, der ein Vermögen von 4,5 Milliarden Euro verwaltet. 98.000 Pfund hat eine seiner Firmen an die Tories gespendet. „Die Hintermänner werden sich immer von der sichtbaren Seite des Betrugs fernhalten“, sagt Pedro Seixas Felicio von Europol. „Dafür haben sie ihre mid-level-Männer, ihre low-level-Männer.“ Mid-level-Männer wie Bahar.

Doch die deutschen Fahnder tragen genügend belastendes Material über „Batman“ zusammen. Als Virdee Singh 2017 am Flughafen Heathrow verhaftet wird, beantragen sie bei den britischen Behörden seine Auslieferung. „Batman“ kommt auf Kautions wieder frei. Seine Geschäfte führt er weiter aus seinem Büro im Londoner Nobelviertel Mayfair, Nähe Hyde Park. Wenn auch mit Fußfessel.

Ob die Briten einem zweiten Auslieferungsersuchen der Staatsanwaltschaft Frankfurt stattgeben werden, ist noch offen.

EIN SICHERER HAFEN

„Wir reden hier über Top-Verbrecher“, sagt Pedro Seixas Felicio von Europol. Zwei Prozent der Beteiligten am Betrug würden 80 Prozent der Gewinne einfahren. „Sie sind bekannt. Die meisten Ermittlungsbehörden in Europa wissen, wer sie sind.“ Das heißt nicht, dass man an sie herankommt. Die Hintermänner lassen sich gern in Steueroasen wie Dubai nieder, die sich wenig für die Quellen des Reichtums ihrer Einwohner interessieren und kaum an andere Staaten ausliefern.

Das Leben erleichtert den Verbrechern auch der mangelnde politische Wille in den meisten EU-Staaten, den Betrug effektiv zu verhindern und zu verfolgen. Schwerer als der jährliche Diebstahl von vielen Milliarden Euro, wiegen Eifersüchteleien zwischen Behörden und Misstrauen gegenüber den europäischen Nachbarn.

Einer, der das erlebt hat, ist Heinz Zourek. Als größten Misserfolg in seiner Rolle als führender EU-Beamte in der Generaldirektion Steuern bezeichnet der Österreicher seinen Versuch, EU-

weit ein einheitliches Formular für die Mehrwertsteuererklärung einzuführen. „Naiverweise habe ich geglaubt, das wäre möglich“, erinnert er sich. Er schlug 20 Eintragungsfelder vor. Die Mitgliedsstaaten wünschten sich alles von neun bis mindestens 140 Feldern. Und Deutschland schloss jegliche Änderung des eigenen Formulars aus.

Gerade die Finanzbehörden der einzelnen Mitgliedsstaaten, meint Zourek, trauten sich gegenseitig nicht über den Weg: „Das eigene System funktioniert aus eigener Sicht sehr gut, da sind alle Versuche der Einmischung von außen störend.“

Deshalb halten die meisten Experten die vermeintliche Lösung des Betrugsproblems aus Brüssel für eine Totgeburt. Im sogenannten „endgültigen Mehrwertsteuersystem“ würde auch der Handel zwischen den Mitgliedstaaten besteuert werden. Die Umsatzsteuer wird in dem Land erhoben, wo das Endprodukt gekauft wird.

Was einfach klingt, hat mindestens einen Haken: Bei einem deutschen Unternehmen, das sein Produkt in Bulgarien kauft, müsste der bulgarische Staat die Umsatzsteuer eintreiben und sie dann an Deutschland weiterleiten. „Offenbar ist es den deutschen Behörden lieber, keine Steuern zu erheben, als den bulgarischen Kollegen zu vertrauen.“ Gegen den Vorschlag von 2018 hatten die Bundesländer größte Bedenken. Befeuert werde das Misstrauen, so Zourek, von einem „Nord-Süd-Gefälle in der Steuererhebung.“

Nur einmal hat Deutschland eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung von Umsatzsteuerkarussellen eingenommen: Die Finanzminister von Bayern (CSU) und Rheinland-Pfalz (SPD) setzten eine Expertengruppe ein, die in Planspielen das Reverse-Charge-Modell erarbeitete. Statt feuerwehrartig und nur für einzelne Produktklassen wollten sie das System flächendeckend in ganz Europa anwenden.

Schon 2005, als Amir Bahar noch auf dem Schulhof steht und Handys vertickt, stellt Deutschland den Vorschlag vor. Alle Staaten außer Österreich winken ab, die EU-Kommission ebenso. Während seiner Amtszeit in Brüssel habe dann Deutschland bei Reverse Charge nur noch blockiert, sagt der bis 2015 amtierende Steuerkommissar Heinz Zourek. Nun hat Tschechien in Brüssel durchgeboxt, die Umsatzsteuer auf sämtliche Waren ab

2020 nach diesem Verfahren erheben zu dürfen.

Steuerexperten sehen allerdings in der Umkehr der Steuerpflicht auch keine echte Lösung. Die Betrüger würden Wege finden, sich anzupassen. Auch die Expertengruppe aus Bayern und Rheinland-Pfalz rechnete nicht damit, den Betrug abzuschaffen. Mehr als vier Milliarden Euro Verlust pro Jahr kalkulierte sie für Deutschland. Die Finanzminister der Bundesländer gingen damals übrigens von einem deutschen Steuerschaden von jährlich 17 bis 20 Milliarden Euro aus.



Steuerfahnder Rod Stone im Interview ©Ivo Mayr

Wirklich helfen, so Stone, würde nur ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz für die ganze EU. Die EU müsste ein föderaler Staat mit einheitlicher Steuergesetzgebung sein, in dem Brüssel die Steuern erhebt und auf die Mitgliedsstaaten verteilt – eine bei den Bevölkerungen der Staaten derzeit wenig populäre Vision.

Großbritannien hat zugleich bewiesen, dass das Problem auch national zumindest stark eingedämmt werden kann. Den Diebstahl über Umsatzsteuerkarusselle haben die Briten von einst 3,5 Milliarden Pfund im Jahr auf derzeit 500 Millionen Pfund gedrosselt.

„In Echtzeit arbeiten und ein feindliches Umfeld schaffen sind zwei Dinge, die meiner Erfahrung nach funktionieren“, resümiert Rod Stone seine 40 Jahre Arbeit als Fahnder.

Diese ganzheitliche Strategie der Briten beinhaltet unter anderem Folgendes: Eine Gesetzgebung, die es Steuerfahndern erlaubt, jederzeit ohne Vorankündigung die Büros verdächtiger Firmen zu besuchen. Eine prompte Strafverfolgung bei ausgewählten, vielversprechenden Fällen. Gelder einfrieren und zurückholen, wann immer es geht. Und letztlich drakonische Strafen. Für organisierten Mehrwertsteuerbetrug kann man in Großbritannien lebenslanglich im Gefängnis landen.

»ANTIQUIERT UND UNZUSAMMENHÄNGEND AUS MISTRauen«

Über die Strukturen in den Nachbarländern, die Stone im Zusammenhang mit den CO₂-Zertifikaten kennenlernt, sagt er: „Das meiste schien antiquiert und unzusammenhängend.“

Das gilt insbesondere für Deutschland. Hierzulande lassen vor allem drei Faktoren den Betrug blühen: Der Föderalismus. Das Steuergeheimnis. Das politische Desinteresse.

Umsatzsteuer wird von den Ländern erhoben. Sie sind es auch, die Steuerhinterzieher verfolgen. Staatsanwaltschaften wie Finanzämter agieren regional und unverbunden. Das bedeutet: Wenn etwa Hessen eine CD mit Steuerdaten erwirbt, betreffen mit hoher Wahrscheinlichkeit viele der Daten auch Sachsen und Bayern. Die wissen davon aber zunächst nichts. So bleiben Zusammenhänge zwischen verdächtigen Personen und Firmen unerkannt.

Die Länder können auch nicht einfach Kollegen im EU-Ausland um Informationen bitten. Sie müssen sich Genehmigungen beim Bund einholen, die Datenschutzbeauftragten mehrerer Behörden einbeziehen. Dafür gehen schnell mal wieder ein paar Monate drauf.

Die EU will ebenfalls mehr in Echtzeit ermitteln; Transaktionsdaten also sofort sehen können, anstatt Betrugsfälle einzeln im Nachhinein zu rekonstruieren. Aber auch hier bremst Deutschland. In einem Betrugs-Frühwarnsystem wollen sie auffällige Steuerbewegungen automatisiert erfassen und dann gezielt analysieren. Während die meisten Staaten das System Transaction Net-

work Analysis (TNA) schon nutzen, hat Deutschland nur den Status eines Beobachters – als einziges EU-Mitglied außer Großbritannien, das sich in Erwartung des Brexits nicht anschloss.

Der Grund: TNA muss auf die IT-Plattformen der Steuerbehörden zugreifen. Und eine solche gemeinsame digitale Datenanalyse könnte das in Deutschland heilige Steuergeheimnis berühren.

KEIN WILLE, KEIN WEG

Die Bundesregierung zögert mit Veränderungen am bestehenden System auch deshalb, weil sie Belastungen für Unternehmen fürchtet. Die haben eine stärkere Lobby als die unorganisierte Gemeinschaft der Steuerzahler. Aber weder die Zuständigkeit der Bundesländer bei Steuerhinterziehung noch das Primat der Wirtschaft sind Naturgesetze. Der Bund könnte Zuständigkeiten an sich ziehen, eine Regierungspartei die Steuerausfälle zum Wahlkampfthema machen.

„Da ist einfach der Wille nicht da“, meint Rechtsanwalt Jürgen Just, der Umsatzsteuerbetrüger verteidigt. Er glaubt, dass die jeweiligen verstreuten Betrugsfälle einzeln betrachtet zu klein wirken. Dass der große Aufschrei bisher ausgeblieben ist, erklärt er sich so: „Wenn ich Ihnen persönlich in die Tasche greife, Ihr Bankkonto leerräume, dann merken Sie etwas davon. Wenn ich aber nur den Fiskus schädige, dann merkt der Durchschnittsbürger das nicht an seinem Einkommen. Er zahlt dieselben Steuern, die er ohnehin zahlen würde.“

Der Regierung ist offenbar daran gelegen, dass das so bleibt. Mit Informationen zum Ausmaß des Betrugs geht sie sparsam um. Alle zuständigen Behörden verweisen bei Anfragen an das Bundesfinanzministerium. Das teilt lediglich mit, dass einzelne Betrugsfälle nicht separat aufgeschlüsselt würden. Ein offizielles Interview zum Thema hat es abgelehnt.

Großbritannien hat den umgekehrten Weg gewählt: Stone und seine Kollegen haben viel Arbeit in die Aufklärung der Steuerzahler gesteckt. Auch die Justiz habe man umerzogen. Begeisterung für Kooperation und Wandel fällt nirgends vom Himmel.

Ähnliche Bemühungen finden in Deutsch-

land nur punktuell statt: In Bayern und Nordrhein-Westfalen haben einzelne Staatsanwaltschaften viel Energie in die Verfolgung des Betrugs gesteckt. Für die komplexe, bandenmäßig organisierte Steuerkriminalität gibt es erste Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Sondergruppen mit Steuerfahndern und Staatsanwälten.

HAFT UND HAUTAUSSCHLAG

Amir Bahar geht es unterdessen richtig gut, abgesehen von den unangenehmen Ermittlungen im fernen Deutschland und dem misstrauischen Aufpasser seiner Hintermänner. Er lebt jetzt in Kalifornien, hat geheiratet und macht zusammen mit Tante und Cousine in Immobilien. Amir Bahar trägt eine 60.000 Euro teure Uhr, fährt Lamborghini und allein der Wert seiner privaten Immobilien beläuft sich angeblich auf 2,3 Millionen Euro.

Den Kontakt mit der Kölner Staatsanwaltschaft bricht er nach einem halben Jahr im Sommer 2011 ab. Doch in Deutschland wächst seine Akte weiter. Im Januar 2014 werden Zielfahnder des Bundeskriminalamts (BKA) hinzugezogen. Sie nehmen Kontakt zu US-Behörden auf. Jetzt ist auch Homeland Security an Bord. Sie verdächtigen Bahar der Geldwäsche. Köln erstellt einen zweiten, detaillierteren Haftbefehl, 90 Seiten lang. Amir Bahar ist jetzt 25 Jahre alt.

Am 31. März 2014 geht plötzlich alles ganz schnell. Homeland Security meldet sich beim BKA: An Bord des Emirates-Flug 255 mit Ziel San Francisco, Start um 8.26 Uhr in Dubai, Terminal 3, befindet sich Amir Bahar. Um ihn festnehmen zu können, benötigen die Amerikaner einen internationalen Haftbefehl aus Deutschland. Die Maschine ist bereits in der Luft.

Die Beamten haben nur wenige Stunden Zeit, um den deutschen Haftbefehl zu übersetzen und samt Fotos in die USA zu schicken. Die Unterlagen müssen vor der Landung des Emirates-Fluges bei den US-Behörden sein. Sonst nehmen sie Bahar nicht fest. Um 12.33 Uhr Ortszeit, Terminal 1, betritt Amir Bahar amerikanischen Boden. An der Passkontrolle wird er verhaftet.

Im Gefängnis von San José geht es Bahar schlecht. Seine täglichen Notizen handeln von einer Zelle

mit zwölf Gefangenen, die meisten drogenabhängig. Von brauner Brühe, die aus dem Wasserhahn kommt. Von Ausschlägen und kleinen Geschwülsten, die seine Haut nach wenigen Wochen überziehen. Und von seiner Angst vor Übergriffen, wegen der er sich zum Schutz einer Gang anschließt.

Ein Jahr später die Erlösung. Die USA wollen Amir Bahar nach Deutschland ausliefern. Drei Beamte des BKA holen ihn ab. Am 13. April 2015 begleiten sie ihn im Lufthansa-Flug 455 von San Francisco nach Frankfurt am Main. Er hat Lippenbalsam dabei, Kreditkarten, die handschriftlichen Notizen, 81 Fotos, Spruchkarten, den afghanischen Pass, die amerikanische Aufenthaltserlaubnis und einen kalifornischen Ausweis. Und seine 60.000 Euro teure Uhr, eine Sonderanfertigung "Royal Oak" mit Strasssteinen von Audemars Piguet.

In der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf helfen ihm wieder sein Charme und seine Eloquenz, er genießt schnell hohes Ansehen bei den anderen Häftlingen. Auch vor Gericht hilft ihm seine Redseligkeit.

Nach fast einem Jahr in Untersuchungshaft beginnt am 26. Februar 2016 der Prozess gegen Amir Bahar vor dem Landgericht Köln. Mit ihm angeklagt sind drei weitere Steuerbetrüger. Auch sie sind geständig, trotzdem nimmt der Prozess 14 Verhandlungstage in Anspruch. Die Aussagen von Amir Bahar bringen das Verfahren gegen die Deutsche-Bank-Manager voran, detailliert schildert er die Struktur der Karussellgeschäfte.

Am 14. April 2016 fällt das Urteil: fünf Jahre und sechs Monate Freiheitsstrafe wegen Steuerhinterziehung in 47 Fällen und Beihilfe zu Steuerhinterziehung in 22 Fällen. Zwei Jahre Untersuchungshaft in Deutschland und den USA werden ihm angerechnet, die einjährige Haft im US-Gefängnis von San José sogar eineinhalbfach, wegen den schlechten Bedingungen. Fünf Millionen Euro konnte der Staat zuvor aus den von ihm gesteuerten Karussellen zurückholen. Fünf von 40 Millionen Euro, die anklagbar waren – und von geschätzt 110 Millionen Euro, die er insgesamt auf dem Gewissen haben soll.

Amir Bahar habe sich umfassend kooperativ und reuig gezeigt, wird das eher milde Strafmaß begründet. In seine Taten sei er gewissermaßen hineingezogen worden. Im jungen Alter sei er für die finanziellen Anreize besonders empfänglich gewe-

sen, später dann durch Finanzzwänge und Druck in straffer organisierte kriminelle Kreise geraten.

Ende April 2016 ist die Hälfte seiner Haftstrafe abgelaufen. Amir Bahar kommt auf Bewährung raus. Wo er seine Freiheit genießt, lässt auf Instagram verfolgen. Da gibt es Selfies von der Safari in Nairobi, vom Bummel auf den Champs-Élysée in Paris, von der Neujahrsparty in HongKong. Ein Filmchen aus Koh Samui, Thailand, kommentiert Amir Bahar mit „romantic time with my brother“.

Offen ist, was schneller schwindet: Amir Bahars Geldreserven. Oder seine Möglichkeiten, sie mithilfe von Europas Steuergeldern wieder aufzufüllen.

GRAND-THEFT-EUROPE.COM

07. Mai 2019

Projekt Management: Marta Orosz, Christian Salewski, Oliver Schröm

Recherche: Marta Orosz, Hans Koberstein, Markus Reichert, David Crawford

Text: Ruth Fend, Oliver Schröm

Gestaltung/Konzept: Benjamin Schubert

Kollaborative Rechercheplattform, Daten & Infrastruktur: Anne-Lise Bouyer, Simon Wörpel

Fotoredaktion: Ivo Mayr

Visualisierung: Simon Wörpel, Anne-Lise Bouyer, Corinna Cerruti

Umsetzung: Benjamin Schubert, Michel Penke

Mitarbeit: Corinna Cerruti, Marius Wolf

Social Media: Luise Lange, Katharina Späth, Valentin Zick, Corinna Cerruti

Animations-Video: Daniel Schleusner

Trailer-Video: Benjamin Schubert, Simon Wörpel

Englische Produktion: Frederik Richter



Rod Stone spürte 40 Jahre lang Karussellverbrechern nach ©Ivo Mayr

Englands eiserne Faust

Großbritannien konnte oft die Betrugswellen mit Umsatzsteuerkarussellen viel früher stoppen als andere Mitgliedsstaaten. Wie haben die Briten das gemacht? Und was können andere Staaten von ihnen lernen?

Ein Interview mit dem Top-Fahnder des Vereinten Königreiches.

Wenn es um Umsatzsteuerkarusselle geht, ist Rod Stone einer der Top-Experten weltweit. 40 Jahre hat er beim britischen Finanzamt und Zoll ("Her Majesty's Revenue and Customs", HMRC) gedient und die Strategie für die Bekämpfung von Umsatzsteuerkarussellen entwickelt. Seine Maßnahmen haben dazu geführt, dass der Betrug mit Emissionszertifikaten in England im Vergleich zu anderen Ländern früh erkannt und gestoppt wurde. Seit 2015 berät er mit seiner Firma Behörden und andere Organisationen.

CORRECTIV: Großbritannien hat den Schaden durch Karussellbetrug von 3,5 Mrd. Pfund auf 500 Mio. Pfund im Jahr reduziert.

Wie haben Sie das geschafft?

Stone: Im Jahr 2005 scheiterten mehrere Versuche der Steuerbehörde, strafrechtlich gegen Karussellbetrug vorzugehen. Also bekam ich etwa drei Monate Zeit, um einen zivilrechtlichen Mechanismus zu entwickeln. Der Zoll konnte bei Betrugsverdacht die Anträge auf Rückerstattung der Umsatzsteuer verweigern. Dieses Prinzip des Missbrauchsrechts führten wir im Januar 2006 ein, und bis Juni hatten wir bereits 3,2 Mrd. Pfund an missbräuchlichen Steuererstattungen gestoppt.

CORRECTIV: Das war alles – Auszahlungen einfach stoppen, und der Betrug geht weg?

Stone: Nein. Wir haben im Vereinigten Königreich eine ganzheitliche Strategie angewandt. Gelder auf verschiedenen Wegen einzufrieren, war ein Instrument, um ein feindliches Umfeld für Betrüger zu schaffen. Über Insolvenzverfahren haben wir auch Missing Trader, also Importeure, die keine Steuern abführen und dann verschwinden, identifiziert und das ausstehende Steuergeld eingefordert. Natürlich hatte meistens nur noch das letzte Glied in der Kette, der Exporteur, Geld. Von dem haben Insolvenzverwalter versucht, es zurückzubekommen. Sie konnten auch Geld von Geschäftsführern persönlich zurückfordern. Das war recht erfolgreich. Und zu einem feindlichen Umfeld gehören natürlich auch abschreckende Strafen.

CORRECTIV: Wie sehen die in Großbritannien aus?

Stone: Karussellbetrug ist in den meisten Ländern attraktiv, weil er nicht so hart bestraft wird wie Drogenhandel oder Banküberfall. Die Verbrecher müssen meistens nicht mehr als fünf Jahre Gefängnis fürchten und sind nach der Hälfte der Zeit wieder draußen. In Großbritannien können wir Leute für Betrug am öffentlichen Einkommen anklagen. Darauf steht eine lebenslange Haftstrafe. Die längste bisher verhängte Haftstrafe war 17 Jahre, aber 12 bis 14 Jahre waren für Karussellbetrug recht üblich. Und wer das Geld nicht zurückzahlt, kann wieder vor Gericht landen und nochmal zehn Jahre draufbekommen.

CORRECTIV: Was konnten die britischen Steuerfahnder tun, wenn sie irgendwo einen Karussellbetrug witterten?

Stone: Anders als in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten ermöglichte unsere Gesetzgebung es uns, jederzeit und ohne Vorwarnung Firmenbüros aufzusuchen. Ich schickte also einen Fahnder dorthin und bekam alle Belege zu Käufen und Verkäufen und so auch die Kundendaten. So ließ sich der Missing Trader ausfindig machen. Wenn man den dann besucht, ist natürlich niemand da, es gibt nur ein Firmenschild. In dem Fall löschten wir seine Steuerregistrierung. Unsere Fahnder besuchten täglich solche Firmen.

Und jede verdächtige Firma musste die Details

zu ihren Handelspartnern mit einer Spezialeinheit in der Steuerbehörde teilen und jeden neuen Kunden und Lieferanten melden. So konnte die Behörde ein Profil über alle Unternehmen, die vermutlich in Karussellbetrug involviert waren, erstellen. Denn wir wussten, dass innerhalb von drei, vier Tagen, nachdem wir eine Firma gelöscht haben, wieder eine neue Firma registriert würde. Deshalb mussten wir neue Registrierungen kontinuierlich beobachten, und wer hinter ihnen steckte.

Wir verifizierten außerdem die monatlichen Forderungen nach Steuererstattungen der Händler. Niemand bekam Geld bis wir nicht sicher waren, dass es in der Kette keinen Missing Trader gab.

Ich muss sagen, dass es viele rechtliche Herausforderungen dabei gab und wir oft vor Gericht mussten. Aber die Gerichte waren sich der Komplexität des Problems und der vielen Ressourcen, die die Steuerbehörde in die Bekämpfung steckte, ohne ehrlichen Händlern zu schaden, bewusst und sehr unterstützend. Wenn es um Umsatzsteuerkarusselle geht, ist Rod Stone einer der Top-Experten weltweit. 40 Jahre hat er beim britischen Finanzamt und Zoll ("Her Majesty's Revenue and Customs", HMRC) gedient und die Strategie für die Bekämpfung von Umsatzsteuerkarussellen entwickelt. Seine Maßnahmen haben dazu geführt, dass der Betrug mit Emissionszertifikaten in England im Vergleich zu anderen Ländern früh erkannt und gestoppt wurde. Seit 2015 berät er mit seiner Firma Behörden und andere Organisationen.

CORRECTIV: Großbritannien hat den Schaden durch Karussellbetrug von 3,5 Mrd. Pfund auf 500 Mio. Pfund im Jahr reduziert. Wie haben Sie das geschafft?

Stone: Im Jahr 2005 scheiterten mehrere Versuche der Steuerbehörde, strafrechtlich gegen Karussellbetrug vorzugehen. Also bekam ich etwa drei Monate Zeit, um einen zivilrechtlichen Mechanismus zu entwickeln. Der Zoll konnte bei Betrugsverdacht die Anträge auf Rückerstattung der Umsatzsteuer verweigern. Dieses Prinzip des Missbrauchsrechts führten wir im Januar 2006 ein, und bis Juni hatten wir bereits 3,2 Mrd. Pfund an missbräuchlichen Steuererstattungen gestoppt.

CORRECTIV: Das war alles – Auszahlungen einfach stoppen, und der Betrug geht weg?

Stone: Nein. Wir haben im Vereinigten Königreich eine ganzheitliche Strategie angewandt. Gelder auf verschiedenen Wegen einzufrieren, war ein Instrument, um ein feindliches Umfeld für Betrüger zu schaffen. Über Insolvenzverfahren haben wir auch Missing Trader, also Importeure, die keine Steuern abführen und dann verschwinden, identifiziert und das ausstehende Steuergeld eingefordert. Natürlich hatte meistens nur noch das letzte Glied in der Kette, der Exporteur, Geld. Von dem haben Insolvenzverwalter versucht, es zurückzubekommen. Sie konnten auch Geld von Geschäftsführern persönlich zurückfordern. Das war recht erfolgreich. Und zu einem feindlichen Umfeld gehören natürlich auch abschreckende Strafen.

CORRECTIV: Wie sehen die in Großbritannien aus?

Stone: Karussellbetrug ist in den meisten Ländern attraktiv, weil er nicht so hart bestraft wird wie Drogenhandel oder Banküberfall. Die Verbrecher müssen meistens nicht mehr als fünf Jahre Gefängnis fürchten und sind nach der Hälfte der Zeit wieder draußen. In Großbritannien können wir Leute für Betrug am öffentlichen Einkommen anklagen. Darauf steht eine lebenslängliche Haftstrafe. Die längste bisher verhängte Haftstrafe war 17 Jahre, aber 12 bis 14 Jahre waren für Karussellbetrug recht üblich. Und wer das Geld nicht zurückzahlt, kann wieder vor Gericht landen und nochmal zehn Jahre draufbekommen.

CORRECTIV: Was konnten die britischen Steuerfahnder tun, wenn sie irgendwo einen Karussellbetrug witterten?

Stone: Anders als in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten ermöglichte unsere Gesetzgebung es uns, jederzeit und ohne Vorwarnung Firmenbüros aufzusuchen. Ich schickte also einen Fahnder dorthin und bekam alle Belege zu Käufen und Verkäufen und so auch die Kundendaten. So ließ sich der Missing Trader ausfindig machen. Wenn man den dann besucht, ist natürlich niemand da, es gibt nur ein Firmenschild. In dem Fall löschten wir seine Steuerregistrierung. Unsere Fahnder besuchten täglich solche Firmen.

Und jede verdächtige Firma musste die Details zu ihren Handelspartnern mit einer Spezialeinheit in der Steuerbehörde teilen und jeden neuen Kunden und Lieferanten melden. So konnte die Behörde ein Profil über alle Unternehmen, die vermutlich in Karussellbetrug involviert waren, erstellen. Denn wir wussten, dass innerhalb von drei, vier Tagen, nachdem wir eine Firma gelöscht haben, wieder eine neue Firma registriert würde. Deshalb mussten wir neue Registrierungen kontinuierlich beobachten, und wer hinter ihnen steckte.

Wir verifizierten außerdem die monatlichen Forderungen nach Steuererstattungen der Händler. Niemand bekam Geld bis wir nicht sicher waren, dass es in der Kette keinen Missing Trader gab.

Ich muss sagen, dass es viele rechtliche Herausforderungen dabei gab und wir oft vor Gericht mussten. Aber die Gerichte waren sich der Komplexität des Problems und der vielen Ressourcen, die die Steuerbehörde in die Bekämpfung steckte, ohne ehrlichen Händlern zu schaden, bewusst und sehr unterstützend.



Die Zentrale der britischen Steuerbehörde HMRC in London
©Ivo Mayr

CORRECTIV: Warum gehen andere EU-Mitgliedsstaaten nicht genau so vor?

Stone: Teile ihrer Gesetzgebung ist antiquiert. Sie ist auf Steuervermeider ausgelegt, auf den Mann auf der Straße, der kleine Beträge vermeidet. Sie wurde nie aktualisiert, um mit Organisiertem Verbrechen umzugehen. Der große Teil Europas hat Schwierigkeiten, seine Gesetze zu erneuern. Man muss sie durch Parlament bekommen, die Leute müssen dem zustimmen. Auch die Gerichte müssen verstehen, womit sie es zu tun haben. Bei unseren ersten Strafverfahren hatten viele Richter Mühe, den Betrug zu verstehen. Wir mussten ihn vereinfachen. Große Steuerberatungen versuchten Karussellbetrug zudem als eine Art Steuervermeidungsmodell darzustellen. Aber es ist ein Betrug, und die Steuerbehörden mussten all die großen Steuerberatungen kontaktieren und umerziehen.

CORRECTIV: Wie laufen die Ermittlungen bei Karussellbetrug ab?

Stone: Um eine Razzia bei allen Beteiligten eines Karussells durchzuführen, braucht man schnell mal 250 bis 500 Beamte, da stellt sich also die Ressourcenfrage. Bis es zu einem Gerichtsurteil kommt, braucht es im Schnitt 3 bis 5 Jahre ab dem ersten Verdacht. Deshalb ermittelten wir nicht in allen Fällen, sondern nur in denen mit den größten Auswirkungen. Manche der großen Betrugsketten verfolgten wir nie strafrechtlich, die verloren ihr Geld durch die zivilrechtlichen Methoden, die ich oben beschrieben habe.

Die britische Steuerbehörde kann mitreden, welche Fälle verfolgt werden. Manche EU-Mitgliedsstaaten bestehen hingegen darauf, jeden Fall von Karussellbetrug an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. So kommt es, dass die Fälle dort 10 Jahre oder älter sind, bis sie vor Gericht kommen. Wir wollten keine abgestandenen Fälle, bei denen man wahrscheinlich kein Geld mehr zurückbekommt und die kein abschreckendes Signal mehr an aktuelle Betrüger senden. Du willst soviel wie möglich in Echtzeit machen.

Die britische Steuerbehörde hat auch ihre eigenen Strafverfolger, und die haben zwischen 80 und 120 Prozesse gegen Karussellbetrüger geführt und weitere potentielle Kriminelle abgeschreckt. Die Fahnder müssen nicht zur Polizei

gehen und sie bitten, Ermittlungen aufzunehmen.

Nachdem wir unsere Strategie eingeführt hatten, sind die Betrüger in andere EU-Staaten abgewandert. Der Karussellbetrug war so minimal geworden, dass wir uns mit anderen Themen befassten. Zumindest bis 2009, als die Betrüger den CO₂-Markt entdeckten und der Betrug wieder ausbrach.

CORRECTIV: Was war geschehen?

Stone: Wir wussten, dass die Betrüger Unternehmen in Frankreich aufbauten und sich dort für den Handel mit CO₂-Zertifikaten registrierten. Ende 2007 und 2008 begannen sie, große Mengen an CO₂-Zertifikaten über die Börse zu handeln. Wir wussten von dem Markt noch nichts, beobachteten aber weiter potenzielle Betrugswaren und Unternehmen, die schon eine gewisse Historie hatten. Im Januar fiel uns auf, dass eine bestimmte Firma in den UK CO₂-Zertifikate im Wert von vielen Millionen Euro an französische Firmen verkaufte und informierten die französischen Behörden über den verdächtigen Händler. Wir wissen, dass auf diese Information keine Taten folgten. Das französische Gesetz erlaubt es der Steuerbehörde nicht, einen Händler aufzusuchen, bevor dessen Zahlungsfrist nicht abgelaufen ist. Dadurch konnte der Betrug wachsen.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis er Großbritannien erreichen würde. Diese Dinge sind wie das Meer. Sie bewegen sich in Wellen durch Europa. Wir antizipierten den Betrug. Einen Tag, nachdem Frankreich die Zertifikate von der Umsatzsteuer befreite und so das Karussell stoppte, besuchten wir 30 bis 40 Händler und löschten ihre Umsatzsteuer-ID. Das heißt nicht, dass wir den Betrug verhinderten. Großbritannien hat über die Zertifikate 250 Mio. Pfund verloren, von denen wir wahrscheinlich etwa die Hälfte wiederbekommen.

CORRECTIV: Nach den UK wanderte der CO₂-Betrug weiter nach Deutschland und wurde erst im Juli 2010 gestoppt. Wusste die Bundesregierung nicht Bescheid?

Stone: Spätestens im Juli 2009 wussten alle Mitgliedsstaaten von dem CO₂-Betrug. Er war Thema bei der EU-Polizeibehörde Europol und im

Netzwerk Eurofisc, in dem sich alle europäischen Experten zu Steuerfragen treffen. 90 Prozent des CO2-Handels war betrugsbehaftet. Es lag dann in der Verantwortung der jeweiligen Staaten, ihn zu stoppen. Italien hat dafür sogar drei Jahre gebraucht.

CORRECTIV: Warum tun manche Staaten sich so viel schwerer mit der Bekämpfung als andere?

Stone: Jeder Mitgliedsstaat hat ein anderes Justizsystem, andere Gesetze, andere Prozesse, um die Erfüllung der Steuerpflicht zu verbessern oder gegen Betrug zu ermitteln. Und das meiste davon erschien mir, ehrlich gesagt, antiquiert und unzusammenhängend. Die meisten waren nicht in der Lage, in Echtzeit zu reagieren, hatten zu wenig Leute mit den richtigen Fähigkeiten, und große Schwierigkeiten, neue Gesetze einzuführen. In den UK mussten die Steuerbehörden nur beweisen, dass die Unternehmen von dem Betrug wussten oder hätten wissen müssen. Aber die anderen Steuerbehörden hatten Probleme, Beweismaterial zusammenzutragen, den Gericht-

ten zu präsentieren und von ihnen Akzeptanz zu erlangen. Wir haben uns stark darum bemüht, jeden Teil unserer Justiz über das Problem und die möglichen Gegenmittel aufzuklären.

CORRECTIV: Was macht es Regierungen so schwer, neue Gesetze zu formulieren und umzusetzen?

Stone: Steuerfragen sind komplex, deshalb scheint es ein großes Bedürfnis zu geben, alles genau ins Gesetzbuch zu schreiben. In Großbritannien steht „wusste oder hätte davon wissen müssen“ in keinem Gesetzbuch. Es ist ein akzeptiertes Prinzip. Man argumentiert, dass es sich um einen Missbrauch des Mehrwertsteuersystems handelt. Die Zivilgerichte akzeptieren das. In Frankreich musste die gleiche Begründung im Steuergesetz stehen, und das braucht Zeit. Ich konnte das Prinzip quasi am nächsten Tag umsetzen.



Rod Stone im Interview mit Marta Orosz (CORRECTIV) ©Ivo Mayr

CORRECTIV: Gibt es einen Weg, die Umsatzsteuerkarusselle komplett zu verhindern?

Stone: Meiner Meinung nach kann man keine Form von Steuerbetrug ganz stoppen, solange man Steuererleichterungen hat. Das einzige, was Karussellbetrug stoppen würde, wäre ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz auf die gleichen Waren in ganz Europa. Das wird nicht passieren, weil jedes einzelne Land Steuern auf unterschiedliche Waren anders erhebt. Ein einheitlicher Satz würde auf nationaler Ebene nicht akzeptiert. Wenn man ein föderales Europa hätte, in dem Brüssel die Zentralbank hat und die Erhebung der Steuern organisiert und an die Mitgliedsstaaten verteilt, würde es funktionieren. Aber viele Länder wollen nicht Teil eines föderalen Europas sein.

Die EU-Kommission hat eine Lösung vorgeschlagen, das sogenannte „Endgültige Mehrwertsteuersystem“. Danach soll auch auf den grenzüberschreitenden Handel innerhalb der EU Umsatzsteuer erhoben werden. Würde das zumindest die Betrugssummen mindern?

Nicht wirklich, nein. Man hat wieder unterschiedliche Steuersätze auf verschiedene Waren und kann darauf Karusselle aufbauen. Der Betrug hört auch nicht mit dem innereuropäischen Handel auf. Angenommen, Großbritannien verlässt die EU und wird zum Drittland. Dann hat man plötzlich eine verzögerte Buchhaltung auf Importe. Der Missing Trader-Betrug kann auch mit Ländern außerhalb der EU funktionieren.

CORRECTIV: Diese Tür bleibt für Betrüger also immer offen?

Stone: Ja. Das einzige, was du meiner Meinung nach tun kannst, ist Leute abzuschrecken. Wenn du 15, 16 Jahre eingesperrt wirst und all dein Vermögen verlierst, hören sie damit auf. Man muss die Möglichkeiten der Steuerbehörden stärken, zum frühestmöglichen Zeitpunkt Geld einzusammeln, die Assets der Betrüger wegzunehmen, die sie mit dem geraubten Geld erworben haben und sie für eine sehr lange Zeit ins Gefängnis zu stecken.

CORRECTIV: Sollte also jeder Mitgliedsstaat solch ein feindliches Umfeld für Betrüger schaffen?

Stone: Die EU-Kommission hat eine Verantwortung, die Mitgliedsstaaten dazu zu ermutigen, ihre Gesetze entsprechend zu ändern. Aber sie stößt dabei auf kulturelle Hürden. Die Nationalstaaten sagen: „Aber wir machen das seit 100 Jahren so. Unsere Steuerzahler erwarten es so von uns und wir werden das nicht ändern können.“ Du brauchst Politiker, die die Gesetze ändern. Aber vielleicht muss man auch den Steuerzahler erziehen und ihm klarmachen: „Die Gesetzgebung, die wir einführen, richtet sich nicht an dich, den Steuerzahler, sondern an Organisiertes Verbrechen.“ Es ist alles eine Frage der Bildung. Man muss die Justiz erziehen und seinen Steuerzahler erziehen, damit er die Veränderungen versteht.

In Großbritannien haben wir versucht, proaktiver auf Leute zuzugehen, die ihre Steuereinnahmen oder ihre Mehrwertsteuereinnahmen nicht angegeben haben. Jetzt machen wir die Steuern digital und ermutigen die Leute, das digitale System zu nutzen. So könnten auch Missing Trader schneller zum Vorschein treten. Aber du musst nur einen Tag lang Missing Trader sein, um 10 Mio. Pfund zu verdienen. Und da ist auf jeden Fall kein Robin Hood dabei: Sie stehlen nicht Geld von der Steuerbehörde und geben es den Armen. Sie stehlen von der Steuerbehörde und haben richtig viel Spaß damit.

10. Mai 2019

Text: Marta Orosz



Bundesfinanzminister
Olaf Scholz beim Treffen
der EU-Finanzminister in
Brüssel: Fortschritte bei der
Digitalsteuer, Schnecken-
tempo bei der Bekämpfung des
Umsatzsteuerbetrugs
©European Union

Milliardenverluste zum Frühstück

In Brüssel suchen die Finanzminister der EU nach Mitteln gegen den Mega-Betrug über Umsatzsteuerkarusselle. Bei technischen Lösungen gibt es Fortschritte. Sobald es an die Substanz geht, schieben die Verantwortlichen sich gegenseitig den schwarzen Peter zu.v

Den Finanzministern der EU wurden heute beim Frühstück die Milliardenverluste durch Umsatzsteuerbetrug serviert. Nach der europa-weiten Recherche „Grand Theft Europe“ unter Leitung von CORRECTIV hat Steuerkommissar Pierre Moscovici sie aufgerufen, beim Europäischen Rat am Freitag einen Lösungsvorschlag der Kommission zu diskutieren: „Die Bürger werden nicht akzeptieren, dass die EU nichts gegen Kriminelle unternimmt, die enorm von den Schwachstellen des EU-Mehrwertsteuersystems profitieren, während ehrliche Steuerzahler die Kosten tragen.“

Auf der offiziellen Agenda des heutigen Treffens im Europäischen Rat standen andere Themen: Die Besteuerung der digitalen Wirtschaft oder die Frage, ob und wie man selbstgebrannten

Schnaps künftig besteuern soll. Das enorme Problem, das nun seit über 25 Jahren jedes einzelne EU-Land betrifft, wurde erstmal nur in einer informellen Runde besprochen. „Die EU-Finanzminister verschleppen seit langem eine Lösung des Betrugs bei der Umsatzsteuer durch organisierte Kriminalität.“, sagte Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, gegenüber CORRECTIV.

Vor einer Woche haben unter der Leitung des Recherchezentrums CORRECTIV 35 Redaktionen in 30 europäischen Ländern über die aktuelle Dimension und Folgen des Karussellbetrugs berichtet. Durch Umsatzsteuerkarusselle verlieren die Staaten der EU jährlich 50 Milliarden Euro, schätzt die EU-Kommission. In Deutschland liegt der Schaden zwischen 5 und 14 Mil-

liarden Euro pro Jahr. Der grenzüberschreitende Betrug ist seit 1993 bekannt und konnte bisher nicht effektiv bekämpft werden.

Eine Woche nach der Veröffentlichung unserer Recherche zum Karussellbetrug in 30 europäischen Ländern nimmt nun das sogenannte TNA (Transactional Network Analysis) auf EU-Ebene die Arbeit auf. Es handelt sich um ein Betrugs-Frühwarnsystem, das eine automatisierte Datenanalyse zwischen den EU-Ländern ermöglicht und seit zwei Tagen operationell ist. Vielen Experten zufolge ist das TNA die einzige praktikable Lösung um die Milliardenverluste durch Umsatzsteuerbetrug zu reduzieren. „Dank des neuen Instruments können die Behörden verdächtige Aktivitäten schneller aufdecken“, sagt auch Moscovici.

Für einen stärkeren Informationsaustausch zwischen den EU-Behörden sprach sich das Bundesfinanzministerium schon im Finanzausschuss des Bundestages aus, doch die Praxis sieht anders aus: Das TNA-System startet zunächst ohne deutsche Teilnahme. Bundesfinanzminister Olaf Scholz sagte im Europäischen Rat in Brüssel, dass die Bundesregierung dieses Instrument auch einführen wird – momentan prüfe man noch mit den 16 Bundesländern die Strukturen, die dieses Instrument ermöglichen. Solche Verzögerungen kosten den deutschen Fiskus jeden Tag Geld.

Prof. Marie Lamensch, Expertin für europäische Steuersysteme von der Freien Universität Brüssel, sieht im TNA-System eine Möglichkeit, verfügbare Technologien und Netzwerke zu nutzen, um den Umsatzsteuerbetrug zu bekämpfen. Umso unverständlicher sei es, dass die Bundesregierung immer noch nicht aktiv am Netzwerk teilnimmt: „Wenn die Menschen in Deutschland das wüssten, wären sie wirklich sauer auf die Regierung“, sagte Lamensch dem ZDF-Magazin Frontal21.

Der Bundesfinanzminister will den Umsatzsteuerbetrug eher durch neue Regulierungen stoppen. „Die Steuerkarusselle müssen auch durch die rechtliche Regelung und nicht nur durch Überwachung besser bekämpft werden“, sagte Olaf Scholz CORRECTIV.

Das aktuelle System, wonach der Handel zwischen EU-Mitgliedsstaaten umsatzsteuerfrei ist,

war 1993 nur als Übergangslösung eingeführt worden. Der Reformvorschlag der EU-Kommission sieht vor, auch den grenzüberschreitenden Handel innerhalb der EU zu besteuern. Es würde der Satz des Landes gelten, in dem die Ware gekauft wird. Die meisten EU-Finanzminister wünschen sich eine europäische Lösung. Unklar ist jedoch, wie viele Länder dem Vorschlag von Moscovici folgen würden.

Scholz zufolge würde diese endgültige Lösung in den nächsten Jahren nicht erreicht. Bei einigen Vorschlägen befürchtet der Finanzminister zudem, dass sie das Problem vergrößern oder neue Betrugsmöglichkeiten schaffen. „Die sind ja gleich in Zehnmilliarden-Größenordnung, und das muss man ja verhindern.“

Der Spitzenkandidat der Grünen im Europawahlkampf, Sven Giegold, kritisierte diese Woche in der Neuen Osnabrücker Zeitung, dass Deutschland die Verhandlungen auf EU-Ebene bremst: „Allein mit den aktuellen Reformvorschlägen des Europäischen Umsatzsteuersystems würden zwischen 4 und 11 Milliarden Euro mehr in die deutsche Steuerkasse fließen“, sagte Giegold. Der Spitzenkandidat fordert in seinem Wahlprogramm eine grenzüberschreitende Finanzpolizei, die den Umsatzsteuerbetrug bekämpfen soll.

Im europäischen Ausland waren die politischen Stimmen dezidierter als hierzulande. In Dänemark wurde der Minister für Steuern nach den Veröffentlichungen einbestellt, Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sucht verbündete Mitgliedsstaaten für eine europäische Betrugsbekämpfung, und die Finanzministerin Schwedens bezeichnete das Finden einer Lösung als Top-Priorität.

Die Frage nach den Prioritäten wäre in allen Mitgliedsstaaten angebracht. Während sich Scholz und seine europäischen Kollegen mit viel Elan an der Besteuerung von Digitalkonzernen arbeiten, von der sie sich Steuereinnahmen von jährlich 5 Milliarden Euro europaweit erhoffen, kosten Umsatzsteuerkarusselle seit über 25 Jahren das Zehnfache dieses Betrags.

Die aktuelle rumänische Ratspräsidentschaft scheint vom Aufruf des Steuerkommissars kaum Kenntnis zu nehmen: Auf die Frage von

CORRECTIV, was im Europäischen Rat die nächsten Schritten zu einer Lösung seien, spielte Eugen Teodorovici, Vorsitzender des Rates für Wirtschaft für Finanzen, den Ball wieder an die EU-Kommission zurück: „Wir hoffen, dass die nächste Kommission das Problem löst.“

17. Mai 2019

Text: Marta Orosz



Prestoner Jungs: Imran Ahmed (links) und Adam U.
Quelle: Fahndungsfoto HMRC

Deutsche Konzerne kauften bei Karussellbetrügern

ThyssenKrupp und andere namhafte Unternehmen kauften von einer Krefelder Firma von notorischen Umsatzsteuerbetrügern. Den Hintermann beobachteten Ermittler seit den 1990ern – wegen massivem Karussellbetrug und Verbindungen zur Terrororganisation al-Qaida.

Als Imran Ahmed im Frühjahr 2010 nach Deutschland kommt, übernachtet er im Düsseldorfer Hotel Radisson Blu. Knapp eine halbe Stunde Fahrt ist es bis ins Industriegebiet am Rheinhafen, wo das 70.000 Quadratmeter große Firmenareal der Metallwerke Bender liegt. Ahmed, ein britischer Staatsbürger, ist zu dem Zeitpunkt schon seit mehr als zehn Jahren im Visier der Fahnder. 1998 observierte eine Spezialeinheit, zuständig für die nationale Sicherheit, Firmen in seiner Heimatstadt Preston, im Nordwesten Englands, die „mögliche Verbindungen zu Kriminalität und Terrorismus“ haben. Eine dieser Firmen war damals die Preston Laundry – eine Wäscherei im Besitz von Imran Ahmed. Auch Ermittler der britischen Steuerfahndung HMRC fürchteten, dass die Karussellgeschäfte mit Terrorismus verbunden sein könnten.

35 Redaktionen aus 30 Ländern haben diesen größten laufenden Steuerbetrug in Europa unter der Leitung von CORRECTIV recherchiert und sind dabei mehrmals auf den Namen von Imran Ahmed gestoßen. Durch die sogenannten Umsatzsteuerkarusselle verlieren deutsche Steuerzahler Jahr für Jahr zwischen fünf und 14 Milliarden Euro, schätzen Experten. Insgesamt beträgt der Schaden in der EU 50 Milliarden Euro pro Jahr.

Doch 2010 kann Imran Ahmed in Krefeld seelenruhig die Bender-Werke inspizieren. Die Metallwerke Bender waren ein angesehener mittelständischer Betrieb. 1931 gegründet von ehrgeizigen Ingenieuren als Hütten- und Schmelzwerk für Aluminium und Kupfer. Imran Ahmed

ist dabei nicht allein, zwei langjährige Geschäftspartner begleiten ihn, Abid B. und Adam U. Die Metallfirma hat zu diesem Zeitpunkt noch etwa 100 Beschäftigte. Mitarbeiter erinnern sich, dass sie anfangs einen guten Eindruck von den angereisten Interessenten hatten. Vielleicht ließen sie sich auch von der Hoffnung blenden, dass ihr Unternehmen eine neue Überlebenschance bekommen würde.

2004 waren die Metallwerke erstmals insolvent gewesen und dann über einen österreichischen Strohmann an einen Investor aus Kasachstan gefallen. Die Produktion wurde zum Schein aufrechterhalten, die Hälfte der Belegschaft musste gehen. Tatsächlich diente die Firma zur Geldwäsche, wie die Zeit berichtete. Schlüsselfigur dieser Phase war Rachat Alijew, Schwiegersohn des kasachischen Präsidenten, ehemaliger Vize-Geheimdienstchef und Botschafter des Landes in Österreich. 2015 stirbt er in einem Wiener Gefängnis. Den vorgetäuschten Suizid entlarvt ein Gutachten der Berliner Charité als Mord. Alijew wurde ausgeschaltet, kurz bevor der Prozess begann, in dem er unter anderem wegen eines Doppelmords angeklagt war und in dem seine Verbindungen unter die Lupe genommen werden sollten, außerdem seine Praktiken der Geldwäsche.

Imran Ahmed, der Mann aus Preston, hat mit den Metallwerken Bender anderes vor. Schon in England war er vom Wäscherei-Business auf ein neues, lukrativeres Geschäftsmodell umgestiegen: auf Umsatzsteuerkarusselle. Akten, die CORRECTIV einsehen konnte, hielten fest, dass in Ahmeds Heimatregion „eine bestens organisierte und hochentwickelte Gruppe von Kriminellen massiven Umsatzsteuerbetrug betreibt“. In einem internen Bericht aus dieser Zeit warnte ein Ermittler: „Wenn wir jetzt nichts tun, stehen hier extrem hohe Erträge auf dem Spiel.“ Und weiter: „Ich bin der Meinung, dass Imran Ahmed die zentrale Figur hinter dem Karussellbetrug im Nordwesten ist. Ich empfehle dringend strafrechtliche Ermittlungen.“ Auch der Verdacht der Terror-Finanzierung besteht weiter.

Die Betrüger operierten in einem größeren Netzwerk, das anfangs mit Textilien, später mit Handys handelte. Durch trickreiche Käufe und Weiterverkäufe verschleierten die Beteiligten, dass sie die bei Ankauf fällige Umsatzsteuer umgangen hatten. Zwischenhändler kassierten die nicht gezahlte Umsatzsteuer und tauchten ab. Im Mittelpunkt des undurchsichtigen Geflechts: Imran Ahmed. Doch in Großbritannien kommt es nie zu einem Verfahren gegen ihn.

Der massive Umsatzsteuerbetrug gerät ins Visier



Erst Marktführer, dann Betrugsvehikel ©Ivo Mayr/CORRECTIV

der bayerischen Steuerfahndung und Kriminalpolizei. Im Februar 2005 leiten Beamte aus Nürnberg bundes- und europaweite Durchsuchungen ein: Es geht um den Verdacht auf ein international agierendes Umsatzsteuerkarussell mit Handys. Geschätzter Steuerschaden damals: 200 Millionen Euro.

Als Hintermänner werden laut Akten, die CORRECTIV vorliegen, Imran Ahmed und Abid B. identifiziert. Ahmed behauptet, nichts davon zu wissen und dass es nie einen Grund gab ihn in Deutschland anzuklagen. Die Staatsanwaltschaft Nürnberg beruft sich nach unserer Anfrage auf das Steuergeheimnis und gibt keine Auskünfte darüber, ob die notorischen Steuerbetrüger jemals gefasst oder verurteilt worden sind.

Auf ihren bisherigen Geschäftsfeldern wird es für die Karussellbauer ohnehin eng. Handy-Deals gelten zusehends als verdächtig und der Handel mit CO2-Zertifikaten – einer der ganz großen Betrugsmaschinen – wird in immer mehr Ländern von der Umsatzsteuer befreit.

Als sich Ermittler des BKA im Frühjahr 2010 in Deutschland für die Durchsuchung von über 150 Büros und Wohnungen rüsten, sind ihnen die Steuerjongleure schon wieder einen Schritt voraus. In den Metallwerken Bender operieren Ahmed und seine Helfer zunächst auf legalem Boden. Sie treten als Sanierer des Unternehmens auf. „Kapitalgeber aus den Vereinigten Arabischen Emiraten“, meldete die Rheinische Post, stellten „einen Millionenbetrag zur Verfügung“.

Damit ist für die Drahtzieher der Weg frei, mit der Reputation eines angeschlagenen, in der Branche aber immer noch angesehenen deutschen Unternehmens, ein neues Karussell des Umsatzsteuerbetrugs anzuschleichen. Die Verantwortlichen in Krefeld ahnen nichts von der dubiosen Vergangenheit des Investors und auf welchen verschlungenen Pfaden seine Wege ins Rheinland führten.

Es ist die Staatsanwaltschaft Mailand, die später Licht in dieses düstere Kapitel bringt. Ein ehemaliger Immobilienbroker, der Imran Ahmeds Italiengeschäfte koordinierte, sagt dort 2012 vor den Ermittlern aus. Er beschreibt Ahmed als einen „gutausschenden Mann, gemacht fürs Geschäft“, „sehr nett und entgegenkommend“. Ahmed lebe

zwar erst seit wenigen Jahren in Dubai, habe aber schon „wirtschaftliche Beziehungen zum Sheikh gehabt“ – also Zugang zur Machtelite.

Der Immobilienbroker, ein Brite mit Wohnsitz in Dubai, sollte Ahmed und dessen Partnern helfen, Unternehmen auf dem europäischen Energiemarkt zu kaufen: „Ein Markt, von dem sie sich ein großes Geschäftspotenzial versprochen hatten.“ Der Broker sollte ein ganzes Firmennetzwerk auf diesem Markt aufbauen.

In Italien übernimmt er 2009 eine Firma, die mit Emissionszertifikaten handelt – zu dem Zeitpunkt noch die heiße Ware der Karussellbetrüger. Weitere Firmen mit gleichem Namen werden in Österreich, in der Schweiz und später auch in Deutschland registriert. Der Broker muss sich um die Formalitäten kümmern, Bankkonten eröffnen und offizielle Papiere unterschreiben. Ahmed und sein Geschäftspartner begleiten den Strohmännchen mehrmals nach Mailand. Das Tagesgeschäft führt meist Ahmeds Büro von Dubai aus.

Als sich Anfang 2010 die drohenden Probleme beim bisherigen Betrugsmodell abzeichnen, bittet der Immobilienbroker um Abhilfe. „Alle Bad Boys im Handel mit Emissionszertifikaten kommen nach Italien“, berichtet der in einem überwachten Telefonat. „Ich habe also entschieden, dass wir jeglichen Handel mit Emissionszertifikaten beenden“, sagt er stolz, „und sie haben es auch genehmigt“. Ahmed und Adam U. haben dem Mann, der für sie den Kopf hinhalten soll, offenbar gestattet, sich einmal wichtig zu fühlen.



Die Metallwerke Bender wurden immer wieder von Betrügern infiltriert
©Ivo Mayr/CORRECTIV

Ein neues Standbein soll in Deutschland etabliert werden. Durch einen Vermittler werden die Betrüger auf die Metallwerke Bender aufmerksam. „Wir dachten, dass die Investoren Geld reinbringen und wir die Produktion wieder in Fahrt bringen“, erzählt ein ehemaliger Angestellter.

Formeller Geschäftsführer ist anfangs auch hier der Immobilienbroker, der schon fürs Italiengeschäft gerade stehen muss. Bald nimmt das Karussell Fahrt auf. Hauptziel ist wieder, Umsatzsteuern erstattet zu bekommen, die nie zuvor bezahlt wurden.

Im abgehörten Telefonat, das später in Italien als Beweismittel dient, erklärt der Broker die Strategie: „Wir wollen mit dem Bender weitermachen. Ich denke, dass das Metallgeschäft sauberer... und weniger volatil ist. Längerfristig ein gesünderes Geschäft.“

Als Mittelsmann dient ein selbstständiger Schrotthändler. Er tritt als Käufer von Kupferkathoden auf, die dann über den Hafen in Rotterdam importiert und an die Endabnehmer geliefert werden. „Der Schrotthändler“, ein Ein-Mann-Unternehmen, „agierte jedoch nicht selbst, sondern die Hintermänner und deren Gehilfen wickelten Ein- und Verkauf ab“, erklärt der ehemalige Angestellte aus Krefeld. Der Schrotthändler kaufte zum Nettopreis ein, also ohne Umsatzsteuer, und verkaufte dann mit Umsatzsteuer an die Metallwerke Bender. Die wiederum verkauften das Kupfer ordnungsgemäß mit Umsatzsteuer weiter. „Auf dem Gelände von Bender wurde nichts zwischengelagert“, erinnert sich der ehemalige Angestellte. Wertvoller als die Ware waren die Rechnungen selbst, die nach Übernahme der Metallwerke durch die Dubaier Hintermänner in einem verschlossenen Raum gelagert wurden.

Der höchste Gewinn in diesem Handel entstand durch die Umsatzsteuer, die der Schrotthändler kassierte, aber nicht an den Fiskus abführte.

Führende Unternehmen auf dem europäischen Markt zählten zu den Abnehmern des Kupfers, darunter der Stahlkonzern ThyssenKrupp, der börsennotierte Buntmetallgigant Aurubis so wie Nexans, einer der großen Kabelhersteller. Mehrere Monate lang lief das Geschäft der Betrüger

wie geschmiert – dank des Umsatzsteuerbetrugs waren sie nicht auf die übliche Handelsspanne angewiesen und konnten Preise unter Marktniveau anbieten.

Nexans bestätigt auf CORRECTIV-Anfrage, dass die Metallwerke Bender den Liefervertrag bekamen, weil sie „das wirtschaftlich attraktivste Angebot“ hatten. Die Firma der Karussellbetrüger konnte zwei andere Bewerber aus dem Rennen werfen. Auch ThyssenKrupp bestätigt auf CORRECTIV-Anfrage, dass mindestens eine Konzerngesellschaft Kontakt zu den Metallwerken Bender hatte. Der gute Name der Firma überzeugte – und eine Kreditversicherung, mit der das Geschäft abgesichert wurde. Ansonsten seien seitdem die Einkäufer für Auffälligkeiten sensibilisiert, dazu gehörten auch Preise, die deutlich unter Marktniveau liegen. Aurubis verweist darauf, nur geringe Mengen von den Metallwerken Bender gekauft zu haben. Wie der Kontakt zu Metallwerke Bender zustande kam, lasse sich rückwirkend nicht mehr nachvollziehen.

Ende 2010 bricht das Geschäft in Krefeld ein. Zur gleichen Zeit sorgt sich der Broker, der formell auch als Geschäftsführer für Ahmeds italienische Aktivitäten agiert, um seine Zukunft: „Mir ist sehr schnell klar geworden, dass ich allein geblieben bin“, sagt er später in seiner Zeugenaussage bei der Mailänder Staatsanwaltschaft.

Im November 2010 wird Imran Ahmed am Flughafen von Manchester wegen des Verdachts auf Geldwäsche festgenommen. Beamte sichern Handys und Datenträger, die Einblicke in Ahmeds Vermögen bieten: Zum damaligen Zeitpunkt soll er Einkaufszentren in England und in Dubai besitzen, und mindestens 20 Wohneinheiten in England. Zu seinem Portfolio zählen ein Grundbesitz im Wert von 40 Millionen Pfund in Indien und zwei Etagen im Burj Khalifa in Dubai, dem höchsten Gebäude der Welt. Er selbst streitet jeden Immobilienbesitz ab.

In den Notizen auf seinem Handy findet sich auch die Adresse der Firma Bender und die Anschrift eines Hotels in Krefeld.

Die Metallwerke Bender steuern Anfang 2011 auf eine erneute Insolvenz zu. Das Werk muss schließen, die Dubaier Aufseher verschwinden. Sie haben die Metallwerke mit ihrer Investition zu



Die britische Steuerbehörde HMRC hat den Umsatzsteuerbetrug erfolgreich reduziert – die Prestoner Drahtzieher konnte sie nicht stoppen
©Ivo Mayr/CORRECTIV

einer Ruine gemacht – zu einem weißen Elefanten, wie es im Jargon der Finanzjongleure heißt. Mehmet Aydin, der nach 16 Jahren bei Bender seinen Job verliert, zieht ein bitteres Fazit: „Was hinterher mit uns passiert, das interessiert die gar nicht“, sagt er gegenüber ZDF/Frontal21.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg ermittelt aktuell im Fall der Metallwerke Bender gegen 40 Beschuldigte wegen der Umsatzsteuerkarusselle. Bei drei Beschuldigten geht man davon aus, dass sie als Hintermänner die bandenmäßige Steuerhinterziehung orchestriert haben: Einer von ihnen ist Imran Ahmed, der selbst zugibt, aktuell im Mittelpunkt der Ermittlungen zu stehen, er bestreitet aber die Vorwürfe. Der Zweite ist Abid B., der schon an Ahmeds Seite war, als sie 2005 mit Handy-Geschäften bei der Nürnberger Steuerfahndung aufgefallen sind. In Krefeld hat man ihn später öfter gesehen: Er hat mit dem Verkäufer der Metallwerke verhandelt und sich später auch regelmäßig vor Ort um die Geschäfte gekümmert. Der Dritte ist Adam U., der junge Mann, der inzwischen auf der Liste von Englands meistgesuchten Steuerflüchtlingen steht. Die britische Steuerbehörde HMRC bestätigt, dass er im Oktober 2018 in Abwesenheit zu 12 Jahren Haftwegen Umsatzsteuerbetrug verurteilt wurde. Adam U. soll sich, laut HMRC, in den Vereinigten Arabischen Emiraten aufhalten.

Ob sie je belangt werden können? Imran Ahmed, der heute 45 Jahre alt ist, wurde kurz nach der Festnahme am Flughafen Manchester wieder freigelassen und reiste nach Dubai.

Die Komplexität des Falls und mangelnde Ressourcen bei den britischen Steuerbehörden HMRC hätten dazu geführt, dass es gegen Ahmed nie zu einer Anklage kam, stellen die britische Wochenzeitung *The Sunday Times* und *The Bureau of Investigative Journalism* fest, die im Rahmen der *Grand Theft Europe* zu den Hintermännern der größten Umsatzsteuerkarusselle recherchierten.

Und der Terrorismus-Verdacht? Schon früh hatte einer der Ermittler bei den Untersuchungen in Ahmeds englischer Heimatstadt Preston notiert: „Nach meinem Verständnis gibt es bekannte terroristische Verbindungen zu al-Qaida.“

Später machte ein Fund im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet die Fahnder europaweit hellhörig. Auf der Suche nach Osama bin Laden waren Kollegen des britischen Geheimdienstes MI5 zusammen mit US-Einsatzkräften im Spin Ghar Gebirge auf Datenträger mit Unterlagen über die Finanzierung des Terrornetzwerks von al-Qaida gestoßen. In diesen Daten gibt es Hinweise auf Imran Ahmeds Geschäfte.

Die Route des ergaunerten Geldes über die Börse an der Wall Street in New York, dann nach Dubai und von dort nach Pakistan hatten Ermittler schon zuvor in mehreren Betrugsketten entdeckt. „Dieses Geld wird hauptsächlich an Pakistan transferiert, aber auch nach Hong Kong und Dubai und es ist sehr wahrscheinlich verbunden mit Terrorismus“, heißt es in einem Bericht. Aber stichhaltige Beweise fanden sie nicht, und Imran Ahmed lehnt nachdrücklich ab, jemals direkt oder indirekt in Terrorismusfinanzierung involviert gewesen zu sein. Er hält es für abscheulich mit solchen gegenstandslosen Vorwürfen konfrontiert zu werden.

Einen wichtigen Effekt hat die Aufdeckung von den al-Qaida-Dateien immerhin. Es ist diese Information, die Staatsanwälte in Mailand einige Jahre später auf die Spuren Imran Ahmeds führt. Sie werfen ihm vor, zusammen mit seinen Mittätern durch Karussellbetrug mit Emissionszertifikaten im Zeitraum von 2009 bis Juli 2012 über 1 Milliarde Euro Steuergeld gestohlen zu haben.

Ihre Beweise reichen zum ersten Mal für eine Anklage. Und sogar für ein Urteil.

Mit der Strafe allerdings dürfte Imran Ahmed mehr als glücklich sein. Da er in Dubai für die europäische Justiz so gut wie unerreichbar ist, hat man sich mit seinen Anwälten auf zwei Jahre Haft auf Bewährung geeinigt. Vom Steuerschaden, anfangs auf eine Milliarde Euro geschätzt, blieb bei der Urteilsverkündung Ende 2017 eine Rückforderung von 80 Millionen. Tatsächlich zurückgeholt wurden lediglich die rund vier Millionen Euro, die auf dem italienischen Konto von Ahmeds Firma noch rechtzeitig gesichert werden konnten.

Imran Ahmed weist darauf hin, dass er nie wegen Terrorismus-bezogener Taten angeklagt oder verurteilt wurde. Darüber hinaus behauptet er, nie mit irgendeiner Gruppe von organisierter Kriminalität involviert oder verbunden gewesen zu sein. Er wurde auch nie für Straftaten in Deutschland oder England angeklagt oder verurteilt. Er behauptet auch, nie nach Dubai geflüchtet zu sein.

In Krefeld hat Anfang dieses Jahres das 70.000 Quadratmeter große Gelände der Metallwerke Bender den Besitzer gewechselt. Es gehört nun der Rheinhafen GmbH. „Der Notartermin war das vorläufige Ende eines überaus komplizierten Immobiliengeschäfts, das bis hin in die Vereinigten Arabischen Emirate reichte“, schreibt die örtliche Zeitung. „Wir wollten uns nicht selbst um die in Dubai eingetragenen Grunddienstbarkeiten kümmern“, wird Geschäftsführer Odermatt zitiert. „Deshalb sei das Areal zunächst von einer Firma aus Duisburg erworben und dann weiterverkauft worden.“ Zum Preis machen die Hafens-Geschäftsführer keine Angaben.

15. Juni 2019

Text: Marta Orosz



Bei Karussellbetrug sind Bund und Länder ahnungslos

„Kriminelle nehmen den Staat bei der Umsatzsteuer aus wie eine Weihnachtsgans“, reagiert Fabio De Masi auf die „Grand Theft Europe“ Recherchen (Foto: Achim Melde / Bundestag)

Es geht um den größten laufenden Steuerbetrug in Europa. Jährlich stehlen Karussellbetrüger 50 Milliarden Euro aus den Kassen der EU-Staaten. Nach den Veröffentlichungen der Recherchen zu „Grand Theft Europe“ gab es Parlamentsanfragen in Bayern und im Bundestag – mit überraschenden Antworten.

Karussellbetrüger sind aktuell im Getränke- und Kfz-Handel aktiv. Dies geht aus einer Antwort des bayerischen Staatsministeriums der Finanzen hervor, die CORRECTIV exklusiv vorliegt.

Abgeordnete der Grünen im bayerischen Landtag wie auch Parlamentarier der Linksfaktion im Bundestag haben nach der Veröffentlichung von „Grand Theft Europe“, eine europaweite Rechercheoperation von 35 Medien unter der Leitung von CORRECTIV, Anfragen an die Finanzministerien im Bund und in Bayern gestellt.

Vergangene Woche kamen die Antworten: Weder das Landes- noch das Bundesfinanzministerium

haben konkrete Daten oder Zahlen wenn es um diese Art von Steuerbetrug geht. „Fälle mit Umsatzsteuerkarussellen werden statistisch nicht gesondert erfasst“, heißt es aus Bayern.

Fast wortgleich die Antwort vom Bund: Es lägen hierzu keine Erkenntnisse zur Häufigkeit, Größenordnung oder Höhe des Schadens vor, antwortet die Bundesregierung. Auffällig ist dabei, dass die Bundesregierung keinen Bezug auf bereits veröffentlichte Schätzungen der Europäische Kommission nehmen will.

„Bund und Länder tappen ohne eigene Daten im Dunkeln, während Kriminelle den Staat bei der Umsatzsteuer ausnehmen, wie eine Weihnachtsgans“

gans“ sagt Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag.

„Der Mangel an konkreten Daten und differenzierten Statistiken im Bereich der Steuer- und Finanzkriminalität erschwert die politische Lösungsfindung massiv“, sagt Tim Pargent von den bayerischen Grünen zu der Antwort der Landesregierung.

1993 öffnete die Einführung des Mehrwertsteuersystems in der EU den Kriminellen Tür und Tor für die so genannten Umsatzsteuerkarusselle: Im grenzüberschreitenden Handel fiel die Zahlung der Umsatzsteuer weg. Durch komplizierte Handelsketten lassen sich seitdem Karussellbetrüger von den Finanzämtern die Steuer erstaten, ohne selbst die Umsatzsteuer eingezahlt zu haben. Je öfter einzelne Waren von den Betrügern im Karussell gedreht werden, desto höhere Summen lassen sich aus dem Fiskus herausho-

len. Nach Schätzungen von Experten liegt der Steuerschaden hierzulande zwischen fünf und 14 Milliarden Euro pro Jahr. Die Bundesregierung hat – bis auf einem Planspiel aus 2005 – keine Studien zu Umsatzsteuerbetrug oder Umsatzsteuer-Karussellen in Auftrag gegeben.

Ein interessanter Einblick geben dagegen die Daten zu Geldwäscheverdachtsanzeigen der vergangenen Jahre. Seit 2009 gab es jährlich zwischen 27 und 94 Verdachtsmeldungen mit Blick auf Umsatzsteuerbetrug. Karussellbetrug geht Hand in Hand mit Geldwäsche, denn die geraubten Steuergelder werden oft in Immobilien oder in legitime Geschäfte investiert. Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage geht hervor: seit Mitte Juni 2017 werden Verdachtsmeldungen nicht separat erfasst. Das bedeutet: niemand weiß, wie viele Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Umsatzsteuerkarussellen vorliegen.

„Deutschland hinkt beim Kampf gegen Finanzkriminalität massiv hinterher“, sagt Fabio De Masi zu der Antwort der Bundesregierung. Durch Umsatzsteuerbetrug sollen nach Recherchen von CORRECTIV und seinen Medienpartnern auch Terrorismus finanziert werden.

Dazu De Masi: „Wir brauchen ein kollektives Jagdfieber gegen Finanzkriminalität und eine entsprechende Ausstattung von Finanzverwaltung, Zoll und Polizei.“

Die einzig gute Nachrichten: Nach Auskunft der Bundesregierung beteiligt sich Deutschland nun doch an dem datenbasierten Betrugsfrühwarnsystem TNA. Durch Echtzeit-Datenaustausch wollen die europäischen Behörden frühzeitig die Netzwerke der Steuerbetrüger identifizieren.

Das TNA-System ist seit Mai im Einsatz. Es startete zunächst ohne deutsche Beteiligung, wie CORRECTIV berichtete. Die Bundesregierung hatte Anfang Mai noch Bedenken gegen Datenaustausch zwischen den EU-Staaten. Steuergeheimnisses und der Datenschutz nannte man als Hinderungsgrund.

Nach eigenen Angaben setzte sich die Bundesregierung für eine EU-weite Änderung der Rechtsgrundlage ein. Dadurch soll die Teilnahme am TNA-System nun rechtlich möglich sein. Die



Tim Pargent, finanzpolitischer Sprecher der Grünen im bayerischen Landtag, fordert eine schnelle und konsequente Personalaufstockung der Finanzbehörden: „Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!“

Bundesländer müssen nun über die Teilnahme an dem Datenaustausch-System abstimmen.

Bayern befürwortete von Anfang an die aktive Teilnahme Deutschlands am TNA-System. Und der Freistaat wollte auch nicht länger auf die Entscheidung des Bundes warten. Bereits seit Ende Mai tauschen 15 grenznahe bayerische Finanzämter mit ihren Kollegen aus Tschechien Informationen aus, um so effektiver gegen Umsatzsteuerbetrug vorzugehen.

Dass trotz mangelnder statistischer Erhebungen das Thema Umsatzsteuerkarussellbetrug weiterhin aktuell ist, zeigt die Arbeit der Staatsanwaltschaft Augsburg: Aus der Antwort der bayerischen Landesregierung geht hervor, dass allein bei der Staatsanwaltschaft Augsburg seit Mitte 2011 gegen 350 Beschuldigte ermittelt wurde. Und bei 116 Personen wurde letztlich Anklage erhoben.

Aktuell sind beim Landgericht Augsburg sieben Strafverfahren zum Umsatzsteuerkarussellbetrug anhängig. Dabei haben die Staatsanwälte 78 Personen im Visier. Die Behörde in Augsburg ist eine sogenannte Schwerpunktstaatsanwaltschaft und hat den Ruf, beim Thema Karussellbetrug eine der kompetentesten und engagiertesten Ermittlungsbehörden zu sein.

Die Ermittlungen dauern meistens mehrere Jahre und scheinen Karussellbetrüger kaum abzuschrecken. Die bayerische Landesregierung ist sich dabei mit der Linksfraktion im Bundestag einig: „Finanzminister Olaf Scholz sollte sich für ein Reverse-Charge-Verfahren in der EU einsetzen“, fordert De Masi (Linke). Dieses Verfahren würde den Warenhandel zwischen Unternehmen von der Umsatzsteuer befreien und damit die Anreize für den Karussellbetrug abschaffen.

Die Lösung ist umstritten. Bereits vor 15 Jahren ist Bayern mit der Einführung eines generellen Reverse-Charge-Verfahrens am Widerstand der EU gescheitert.

Die Bundesregierung sieht darin zwar „grundsätzlich wirksames Mittel zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges“. Sie weist jedoch darauf hin, dass dies eine Änderung des Mehrwertsteuersystems voraussetzt.

3. Juli 2019

Text: Marta Orosz